

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
Verteidigungsausschuss als
1. Untersuchungsausschuss
gem. Art. 45 a Abs. 2 GG

**VS-Nur für den
Dienstgebrauch**
Protokoll Nr. 16
- endgültige Fassung -
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmungen, I:
Öffentlich)
31. März 2010

Stenografisches Protokoll*

der 16. Sitzung
des Verteidigungsausschusses
als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45 a Abs. 2 GG
- zugleich 28. Sitzung des Verteidigungsausschusses -
am Donnerstag, dem 25.03.2010, 14.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB (SPD)

Tagesordnung

Zeugenvernehmungen gemäß
Beweisbeschluss 17-58

Seiten

1 - 52

* Der Zeuge Dr. Franz Josef Jung hat Einsicht in das Protokoll genommen. Der Zeuge Dr. Franz Josef Jung hat keine Korrekturwünsche übermittelt.

[Seiten II - VII: Platzhalter für Teilnehmerliste]

(Beginn: 15.13 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 16. Sitzung des Untersuchungsausschusses, die zugleich die 28. Sitzung des Verteidigungsausschusses ist.

Ich komme zu dem **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Zeugenvernehmung gemäß Beweisbeschluss 17-58

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, steht heute eine Zeugenvernehmung in öffentlicher Sitzung an.

Die zahlreichen Vertreter der Medien weise ich darauf hin, dass keine Film-, Ton-, Bild- oder Fernsehaufnahmen gemacht werden dürfen. Gleiches gilt für die Besucher auf der Tribüne. Ich darf Sie daher bitten, sämtliche Film-, Ton- und Bildaufnahmegeräte aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Die Benutzung von Handys ist nicht gestattet. Die Handys müssen während der gesamten Sitzung ausgeschaltet bleiben.

In seiner 9. Sitzung am 4. März 2010 hat der Ausschuss die Vernehmung des Bundesministers der Verteidigung a. D., Dr. Franz Josef Jung, MdB, als Zeugen beschlossen. - Ich begrüße Sie sehr herzlich, Herr Dr. Jung, im Namen des Untersuchungsausschusses.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aus den Erfahrungen der ersten Anhörungen wäre es möglich, dass Teile der Vernehmung als VS-Vertraulich oder VS-Geheim eingestuft werden. Ich möchte daher bereits an dieser Stelle ausdrücklich auf die Geheimhaltungsordnung des Deutschen Bundestages hinweisen. Nach § 7 der Geheimhaltungsordnung des Deutschen Bundestages muss eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich und höher beraten wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich wird. Wie in der 13. Sitzung am 18. März beschlossen, sollten daher Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung

bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung im Reichstagsgebäude zur Sprache gebracht werden.

Ich weise ferner darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Dies gilt auch für Vorhalte aus Akten, die VS-Nur für den Dienstgebrauch, VS-NfD, eingestuft sind. Falls dem Zeugen in öffentlicher Sitzung VS-Nur für den Dienstgebrauch eingestufte Unterlagen zur stillen Lektüre vorgelegt werden sollen, muss sichergestellt sein, dass der Inhalt der klassifizierten Unterlage nicht von Unbefugten eingesehen werden kann. Ich bitte daher darum, die Unterlage hier an meinem Platz vorzulegen.

Im Fall eines Vorhaltes möchte ich daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage, sofern sie nicht wörtlich verlesen wird, dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist. Das Sekretariat ist hier in bewährter Übung gerne zur Hilfestellung bereit. Ich bitte aber um klare Benennung der Fundstelle mitsamt der MAT-Nummer.

Im Falle der Einstufung der Sitzung wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Bestehen hiergegen Einwände? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die durchgehende Wortprotokollierung beschlossen.

Vernehmung des Zeugen Dr. Franz Josef Jung

Herr Abgeordneter Dr. Jung, ich weise Sie darauf hin, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Herr Dr. Jung, Sie sind mit Schreiben vom 5. März 2010 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt.

Die Aussagegenehmigung der Bundesregierung liegt vor. Diese wurde an die Mitglieder vorab verteilt. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden.

Ebenfalls liegt die gemäß § 44 d Abgeordnetengesetz vom Bundestagspräsidenten erteilte Aussagegenehmigung vor.

Nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren:

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Abs. 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Herr Dr. Jung, ich bitte Sie: Nennen Sie uns nun Ihren vollständigen Namen, Ihren Familienstand und Ihren Wohnort.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dr. Franz Josef Jung, verheiratet, wohnhaft in Eltville im Rheingau.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache. Herr Dr. Jung, zunächst gebe ich Ihnen Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen von dem Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen, anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses in einer festgelegten Reihenfolge das Wort.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienstgeheimnissen nur in einer höher eingestuften Sitzung möglich

sein, bitte ich Sie erneut um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann. Der Ausschuss hat beschlossen, die einstuferpflichtigen Vernehmungsteile zu sammeln und diesbezügliche Fragen am Ende der Sitzung zu stellen.

Herr Dr. Jung, wünschen Sie das Wort?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Gerne. - Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wer sich heute ein sachgerechtes Urteil noch mal bilden will im Hinblick auf den Luftschlag am 4. September in der Nähe von Kunduz in Afghanistan, der muss sich auch noch ein Stück in Erinnerung rufen, wie sich die Lage in der damaligen Situation dargestellt hat.

Ich war zuletzt mit der Bundeskanzlerin nach dem NATO-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden in Afghanistan. Ich war dort auch in Kunduz, und ich habe noch vorher Oberst Benecke erlebt, der dort das Kommando hatte, und habe dann den Antritt im Kommando von Oberst Klein erlebt, den wir als einen sehr besonnenen und hervorragend ausgebildeten Soldaten dort kennengelernt haben. Ich hatte ihn schon vorher gekannt, und wir haben uns auch damals über die weitere Entwicklung im Hinblick auf die Situation in Kunduz, die sich leider sicherheitsmäßig zugespitzt hat, intensiv unterhalten. Ich weiß noch, dass wir die Sorge hatten, weil ja jetzt sozusagen die Zeit des Frühjahrs und dann in den Sommer, auch in der Perspektive zur Bundestagswahl - - uns besonders kritisch erschien, dass wir darüber mit ihm gesprochen haben.

Es war dann auch leider so, dass in dieser Zeit vier deutsche Soldaten durch Anschläge gefallen sind, dass 20, wenn ich mich recht erinnere, verwundet worden sind und dass wir, wenn Sie so wollen, in der Perspektive täglich fast Gefechtssituationen hatten, IED-Anschläge, Angriffe mit Panzerfäusten. Die Lage spitzte sich für unsere Soldaten dramatisch zu. Am 3. September, also einen Tag vor diesem Luftschlag, waren wieder drei deutsche Soldaten verwundet worden. Wir hatten in dem Zusammenhang auch Hinweise, dass die Taliban einen größeren Anschlag gegen uns planen. Deshalb war ich in permanenter Sorge, dass es den Taliban gelingt, auch und gerade in der Perspektive vor der Bundestagswahl, einen derartigen Schlag gegen unsere Soldaten durchzuführen.

Ich war am 3. September nachmittags im NATO-Hauptquartier und habe dort auch noch mit General Carter, der ein erfahrener Soldat und Truppenführer ist und der im Kosovo Verantwortung hatte, über die damalige Lage gesprochen. Ich weiß, wie auch die NATO diesbezüglich sorgenvoll die Entwicklung in Kunduz gesehen hat, zumal rund eine Woche vorher, am 25. August, ein Tanklastwagen von den Taliban in Kabul in die Luft gesprengt worden ist, wo 40 Personen getötet und 60 verletzt wurden.

Dann erhielt ich am Morgen des 4. September die Nachricht, dass zwei Tanklastwagen durch einen von uns veranlassten Luftschlag in Kunduz zerstört worden sind. Es kam auch die Meldungslage nach dem Kriterium: Bundeswehr gelingt Schlag gegen die Taliban. - Ich habe sowohl mit dem Generalinspekteur als auch mit Staatssekretär Dr. Wichert telefoniert; denn ich war unterwegs in Baden-Württemberg zu einem mittelständischen Betrieb, der Zulieferer für unsere wehrtechnische Industrie war. Es kam dann die Meldung: Es sind 56 Tote und 14 Verletzte, und es sind Taliban und deren Verbündete.

Wir haben dann darüber beratschlagt, wie wir am sinnvollsten jetzt die Obleute unterrichten; denn es war immer die Aufgabe von Staatssekretär Dr. Wichert, die Obleute des Ausschusses schriftlich zu informieren. Wir haben gesagt: Das ist alles noch so ungenau. Wir nehmen keine konkrete Zahl; denn wenn wir eine Zahl nennen und nachher sich die Opferzahl verändert, dann heißt es: falsche Information usw. - Sie kennen die Diskussion. Deshalb haben wir in der ersten Obleuteunterrichtung auch nur von dem Luftangriff gegen die OMF gesprochen.

Am nächsten Tag, am 5. September, war ich in meinem neuen Wahlkreis unterwegs, und ich hatte vorher ein Gespräch mit der *Bild am Sonntag*. Dort hat mich unser Pressesprecher angerufen, um dieses Interview abzustimmen, und da wir in der Meldungslage auch nur die Information hatten „Taliban und deren Verbündete“, habe ich dann genehmigt, dass - mit dem Wortlaut „nach derzeit uns vorliegenden Informationen“ - nur Taliban zu den Opfern gehören.

Ich habe auch durch weitere Telefonate mit dem Generalinspekteur mich auf den weiteren Informationsstand bringen lassen und habe dann mit, ja doch, einem Stück Betroffenheit zur Kenntnis genommen, was öffentlich berichtet wurde von der europäi-

schen Außenministerkonferenz, wo die Außenminister Luxemburgs, Frankreichs, Großbritanniens bis zu dem damaligen Hohen Repräsentanten Solana sich sehr kritisch, aus meiner Sicht mit einer Diktion der Vorverurteilung gegen unsere Soldaten, zu dem Vorfall geäußert hatten.

Ich muss hinzufügen, dass zwischenzeitlich ein Angriff an diesem Tag, am 5. September, auf unsere Soldaten durchgeführt worden ist. Sie waren auf der Fahrt nach Taloqan, und wir hatten wieder fünf deutsche Soldaten verwundet.

Nachdem wir diese Dinge zu klären versucht haben, habe ich gesagt: Ich will, was ich sonst in derartigen Fällen nicht gemacht habe, mit Oberst Klein telefonieren, will ihm a) meine Unterstützung zusagen und b) mich auch noch einmal über den Sachstand aus erster Hand informieren. Ich war an diesem Nachmittag dann nach Stadallendorf unterwegs; dort war 50 Jahre Garnisonsjubiläum „Hessischer Löwe“ mit anschließendem Großem Zapfenstreich. Wir hatten besprochen, dass wir nur über eine Festleitung telefonieren, und ich habe von dort auch dann aus der Kaserne mit Oberst Klein telefoniert.

Ich habe ihm zunächst noch einmal meine eindeutige Unterstützung zugesagt; denn ich habe es als meine Verpflichtung empfunden, dass, wenn ein Soldat in einer solch schwierigen Situation zu solch einer Entscheidung kommt und dann öffentlich in die Kritik gerät, der deutsche Verteidigungsminister sich vor ihn stellt. Ich habe dann auch von ihm noch mal erfahren, dass es seine Überzeugung war, dass es nur Taliban waren an diesem Ort, dass er unter dem Eindruck dieser entführten Tanklastwagen stand, auch unter dem Eindruck des kurz vorher stattgefundenen Ereignisses - ich habe es erwähnt - in Kabul, und dass er der Überzeugung war, zum Schutze unserer Soldaten müsse er diese Entscheidung treffen, zumal seine Informationen so gewesen seien, dass es sich hierbei nur um Taliban handele.

Er hat mir auch noch gesagt, es seien dann an dem Ort verkohlte Gewehre gefunden worden, und ich weiß noch, dass er formuliert hat, dass in den Fällen, wenn es dort zivile Opfer gegeben hätte, die Taliban bewusst diese zivilen Opfer hätten liegen lassen, um genau das zu demonstrieren, dass aber hier alle Leichen weggeräumt worden wären, sodass er auch aus dieser Tatsache geschlossen hat, dass es sich hierbei nur um Taliban handele.

Ich bin dann am nächsten Morgen - das war der 6. September - zu der Wahlkampfauftaktveranstaltung - das war ein Sonntag - nach Düsseldorf gefahren, und auf dieser Fahrt habe ich dann Meldungen vernommen, dass die *Washington Post* mittlerweile melde: 125 Opfer bei diesem Luftschlag, auch zivile Opfer.

Als ich nach Düsseldorf in die Halle kam, hatten wir ein Vorgespräch, wie die Veranstaltung jetzt ablaufen solle. Ich habe auch dort mit der Bundeskanzlerin gesprochen, die in Sorge war im Hinblick auf diese Meldungen, die über die *Washington Post* dort verbreitet wurden. Ich habe ihr gesagt, was mir Oberst Klein sozusagen aus erster Hand gesagt hat. Aber wir waren uns darüber einig, dass wir die Frage der zivilen Opfer jetzt nicht mehr ausschließen könnten.

Ich bin nach diesem Gespräch dann vor die Presse - das war vor der Halle in Düsseldorf, das war so in der Zeit 13.30 Uhr -, habe dort ein Pressestatement abgegeben und habe auch formuliert, wenn es dort bei diesem Luftschlag zivile Opfer gegeben hat, dass wir das sehr bedauern und dass auch unser Mitgefühl den Angehörigen und den Familien gilt.

Ich hatte auch vor - das habe ich auch der Bundeskanzlerin gesagt -, dass ich noch versuche, an diesem Nachmittag noch mal mit Oberst Klein zu sprechen wegen dieses Berichtes der *Washington Post* und auch mit dem COMISAF, sprich: mit General McChrystal; denn es wurde ja in dieser Meldung gesagt, dass auch von seiner Warte her das so beurteilt würde, dass zivile Opfer vorhanden wären.

Ich habe zunächst noch einmal mit Oberst Klein gesprochen. Er hat mir noch einmal das geschildert, was er auch im ersten Gespräch schon gesagt hat, hat auch da noch einmal gesagt, dass es ihm gerade darum gegangen sei, auch Kollateralschäden zu vermeiden, sodass er die Absicht der Piloten, zunächst eine stärkere Bombe dort zu nehmen - wenn ich es richtig erinnere, waren das zunächst 500 Kilogramm -, reduziert habe auf 227 Kilogramm. Er hat noch einmal gesagt, dass die höchste Wahrscheinlichkeit sei, nur Feinde des Wiederaufbaus zu treffen - er habe dort sichere Informationen gehabt -, und dass es ihm darum gegangen sei, die Gefahr für die ihm anvertrauten Soldaten hier abzuwenden.

Ich habe dann mit General McChrystal gesprochen, und zwar während der Veran-

staltung. Da wurde ich aus der Veranstaltung herausgeholt, als das Telefonat stand. Ich habe ihm auch noch einmal gesagt, wie wir doch gut in der NATO zusammengearbeitet hätten und zusammenarbeiten; denn es war kurz vorher dieser Wechsel. Es war vorher General McKiernan - der war abgelöst worden -, und jetzt war McChrystal, wenn Sie so wollen, neu im Amt. Er hat mir gesagt, dass er diese Darstellungen - 56 Tote und 14 Verletzte, und das seien Taliban und Verbündete - für falsch ansehe. Er sei der Überzeugung, es gebe zivile Opfer, zumindest gebe es zivile Verletzte, und er sei vor Ort gewesen und habe dort auch im Krankenhaus die Berichte bekommen. Ich habe ihm entgegengehalten, was mir Oberst Klein gesagt hat. Er hat gesagt, er halte dies für falsch, und wir haben uns verständigt, dass eine Untersuchung vonseiten der NATO erfolgen solle. Ich weiß noch, wie er immer von „investigation“ gesprochen hat. Das Gespräch fand in Englisch statt. Ich habe ihm unsere Unterstützung für diese NATO-Untersuchung auch im Rahmen dieses Gesprächs zugesagt.

Am Abend nach meiner Rückkehr habe ich dann noch mit dem Generalinspekteur telefoniert. Ich habe ihn erstens von den Gesprächen unterrichtet, und er hat mir im Rahmen dieses Gespräches von einem afghanischen Bericht berichtet. Das war der Bericht des Vorsitzenden des Provinzrates, des Gouverneurs, des Polizeichefs, des Armeechefs und des Geheimdienstchefs, die von 56 Toten und 12 Verletzten von diesem Luftschlag gesprochen haben und die formuliert hatten, nach Gesprächen mit Dorfbewohnern und Augenzeugen seien es nur Taliban und deren Verbündete.

Er hat mir auch berichtet von einem Bericht von Oberst N [REDACTED], der diesem Untersuchungsteam von General McChrystal angehört hat, wo hier von Personen im Krankenhaus gesprochen wurde, und im Hinblick auf das Thema des zehnjährigen Jungen - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Jung, einen kleinen Augenblick bitte. - Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Dieser Bericht ist eingestuft, sodass er nicht in öffentlicher Sitzung inhaltlich erwähnt werden kann.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich will nur sagen, was ich in der Zeitung gelesen habe,

(Heiterkeit)

dass das dort so berichtet worden ist - - und auch im Hinblick darauf, dass er sich dort Brandverletzungen zugezogen habe. Ich will im Detail ansonsten nicht auf den Bericht eingehen. Wenn es dort Nachfragen gibt, will ich das gerne in geheimer Sitzung tun. Aber ich bin vom Generalinspekteur über diesen Bericht informiert worden.

Er hat mich auch unterrichtet, dass in der Zwischenzeit ein schriftlicher Bericht von Oberst Klein vorliege. Aber im Wesentlichen war mir das bekannt; denn ich hatte ja mit Oberst Klein telefoniert und kannte von daher auch seine Sachdarstellung. Wir haben uns an diesem Abend allerdings auch verständigt, dass wir, ich sage mal, etwas vorsichtiger sind im Hinblick auf die Frage, die am Anfang ja so der Punkt war, dass es nur Taliban seien und ich ja auch formuliert habe „nach mir derzeit vorliegenden Erkenntnissen“, dass wir nicht mehr ausschließen können, dass es auch zivile Opfer gibt. Ich habe ihm gesagt: Ja, ich habe bereits am Nachmittag vor der Presse davon gesprochen, auch von dem Thema „zivile Opfer“.

Am nächsten Tag war die Feierstunde in Bonn „60 Jahre Konstituierung des Deutschen Bundestages“. Da war zunächst eine ökumenische Andacht. Ich weiß noch, wie der ehemalige Bundesaußenminister Genscher auf mich zukam und mir in dieser nicht einfachen Situation Unterstützung zugesagt hat. Ich bin dann nachher ins Plenum und habe dort den Bundesaußenminister Steinmeier getroffen, habe mich mit ihm natürlich auch darüber unterhalten, insbesondere darüber, dass ich mich über die Stellungnahmen der Außenminister und diese Vorverurteilung geärgert hatte. Ich hatte den Eindruck, dass er dies auch geteilt hat. Ich habe ihm in dem Zusammenhang auch gesagt - denn natürlich hatte er den Bericht der *Washington Post* auch zur Kenntnis genommen -, dass aber die Afghanen das ganz anders darstellen würden, sogar unter Bezug auf Augenzeugen, und habe ihm auch das gezeigt - was ich gerade wiederholt habe, also die Frage, dass es nur Taliban, Verbündete seien -, den Bericht der afghanischen - - sowohl Provinzrat als auch Gouverneur als auch Polizeichef usw.

Wir haben danach, nachdem wir aus Bonn zurückkamen, eine presseverwertbare

Stellungnahme ausgearbeitet. Die haben wir vorab, bevor wir sie veröffentlicht haben, auch den Obleuten gegeben. Diesen Sachstand haben wir dann auch dem Bundeskanzleramt gegeben.

Jetzt, denke ich, müssten Sie mir einen Hinweis geben, Frau Vorsitzende, aber ich denke, eine presseverwertbare Stellungnahme war öffentlich, sodass ich auch zu dem Inhalt Stellung nehmen kann. - 56 Tote, hieß es dort, 14 auf der Flucht, Taliban, 12 männliche Verletzte, darunter ein zehnjähriger Junge, der mit Brandverletzungen auch ins Krankenhaus gekommen sei. Wir haben Bezug genommen auf den Bericht der *Washington Post*. Wir haben Bezug genommen auf die Voruntersuchung, also dieses Initial Action Team, und haben dort auch formuliert, dass das Team davon ausgehe, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden. - Ich spreche vom 7. September. - Wir haben auch auf das Schreiben Afghanistan, der afghanischen Kräfte, Bezug genommen, die ausschließlich gesagt haben: „regierungsfeindliche Kräfte“, das offiziell in Kunduz als eine erfolgreiche Operation begrüßt hätten.

Am 8. September - das war vor der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Plenum - hatten wir eine Obleuteunterrichtung, und zwar des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses, im Verteidigungsministerium. Diese Unterrichtung - es sind ja Teilnehmer hier - hat immer so stattgefunden, dass ich zunächst eingeleitet habe und dass dann der Generalinspekteur über die sehr konkreten Situationen, auch teilweise anhand von Bildmaterial, entsprechend unterrichtet hat, umfangreich unterrichtet hat. Ich sage noch einmal, ohne jetzt auf das Detail dieser Unterrichtung eingehen zu können, dass auch dort über das, was vorher in der presseverwertbaren Stellungnahme drin war, nämlich Frage „Team geht davon aus, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden“, unterrichtet wurde. Andere Detaildinge lasse ich jetzt weg, weil ich denke, dass das unter Geheim fällt. Aber es war eine umfangreiche Unterrichtung.

Es war dann die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Bundestag, die insbesondere darauf hingewiesen hat, dass, wenn es zivile Opfer gegeben hat, wir das sehr bedauern. Ich habe dann ebenfalls ja im Deutschen Bundestag Stellung genommen, habe

noch einmal auf den afghanischen Bericht Bezug genommen, aber ich habe auch gesagt - ich will das noch einmal zitieren -:

Weil es jetzt auch andere Informationen gibt, ist es notwendig und richtig, dass wir alles daransetzen, unseren Beitrag zur sachgerechten Aufklärung zu leisten. Ich sage noch einmal: Wenn es zivile Opfer gegeben hat, fordert dies unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl.

Wir werden uns auch darum kümmern, dass die Situation vor Ort geregelt wird. Das halte ich für einen wichtigen Punkt. Aber um Entscheidungen in dieser Richtung treffen zu können, muss erst das abschließende Untersuchungsergebnis vorliegen.

Hier will ich vielleicht hinzufügen, dass es, ich sage mal, ein Dreivierteljahr vorher, als ich in Afghanistan war, einen Vorfall gab, wo an einer Grenzsituation eine Frau und zwei Kinder von einem deutschen Soldaten durch ein, wie ich fand, sehr tragisches Missgeschick getötet worden sind. Allerdings - das muss man hinzufügen - ist dieses Auto mit vollem Karacho auf diese Grenzstation zugefahren, und trotz Warnhinweisen haben sie nicht angehalten, und dort ist dann dieser Vorfall passiert. Ich habe dort, als ich vor Ort war, mit dem Stammesältesten, der einen Auftrag hatte für die Angehörigen, auch gesprochen. Ich habe mich entschuldigt, und ich habe gespürt, wie positiv das aufgenommen worden ist, bis zu dem Gespräch nachher mit Präsident Karzai, der hervorgehoben hat, dass dies ein Stück beispielhaft wäre, wie sich hier Deutschland verhalte; er würde sich wünschen, wenn der eine oder andere derjenigen, die ansonsten in Afghanistan sich engagieren, sich ebenfalls so verhalten würde.

Am 8. September, also an diesem Tag, hat General McChrystal dann diese Untersuchungskommission eingesetzt, übrigens mit dem Auftrag, auch zu untersuchen: eventuelle zivile Opfer, nicht vorhandene zivile Opfer? Ich hatte dann sowohl mit dem Generalinspekteur als auch mit Staatssekretär Dr. Wichert darüber gesprochen, dass wir keine eigene Untersuchung machen, sondern dass wir diese Untersuchung unterstützen. Wir haben dann Herrn Rechtsberater V. in diese Untersuchungskommission beordert, haben aber gleichzeitig gesagt,

dass wir das vom Ministerium unterstützend begleiten. Das heißt konkret: vom Einsatzführungsstab, der ja auch für diese Aufgaben gegründet worden ist und auch zuständig war.

Am 9. September gab es übrigens dann noch einen Bericht einer afghanischen Untersuchungskommission, einer anderen wieder, die auch davon gesprochen hat, dass örtliche Repräsentanten den Luftschlag militärisch für erforderlich und legitim gehalten haben. Man sprach von Opfern von OMF, also Opposing Military Forces.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Jung, ich möchte dem Herrn Birkenheier das Wort geben.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Dieser Bericht ist auch eingestuft, sodass er hier in öffentlicher Sitzung nicht erörtert werden kann.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Okay. Besten Dank für den Hinweis.

Dann, am 9. September, haben wir ebenfalls wieder die Obleute unterrichtet im Hinblick auf die Frage, dass der Bericht Initial Action Team vorliegt, auch, dass jetzt der Untersuchungsauftrag erteilt worden sei.

Am 11. September ist wieder eine umfassende Obleuteunterrichtung durchgeführt worden im Verteidigungsministerium für den Verteidigungsausschuss und den Auswärtigen Ausschuss, und wir haben dort ebenfalls die Abgeordneten auf den neuesten Stand gebracht. Ich will vielleicht hinzufügen, dass dort die Abgeordneten auch immer die Möglichkeit hatten, Fragen zu stellen, die dann auch entsprechend beantwortet worden sind.

An diesem Tag hatte ich noch ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter, der einen Antrittsbesuch durchgeführt hat. Wir haben auch über die Situation gesprochen. Er hat noch einmal seinen Dank für das Engagement unserer Soldaten in Afghanistan vermittelt. Ich habe ihm aber auch gesagt, dass ich es nicht gut gefunden hätte, dass, als General McChrystal dort vor Ort war, sozusagen einseitig ein Journalist von der *Washington Post* dabei war und dann ein solcher öffentlicher Eindruck entstanden wäre. Also wir haben uns auch über diese Frage im Rahmen unseres Gesprächs, das sehr freundschaftlich verlief, unterhalten.

An dem Tag haben wir noch einen Tagesbefehl an das Einsatzkontingent heraus-

gegeben und haben dort die Rede der Bundeskanzlerin, die sie im Bundestag gehalten hatte, hinzugefügt.

Ich will sagen, dass im Laufe der Tage dann teilweise öffentlich Kritik geäußert worden ist, dass sich unser Generalinspekteur im Rahmen dieser Debatte zurückhalte. Ich habe dann mit ihm darüber gesprochen und habe auch gesagt: Es wäre vielleicht ganz klug, wenn jemand nach Afghanistan gehen würde, erstens um die Verbundenheit und Unterstützung zu den Soldaten deutlich zu machen, zweitens aber auch, um sich vor Ort selbst auch noch einmal ein Bild zu verschaffen. - Dann ist der Generalinspekteur in der Zeit vom 14./15. September sowohl in Kunduz gewesen als auch in Kabul. Er hat dort mit Oberst Klein gesprochen, hat dort auch mit dem Untersuchungsführer General McSullivan gesprochen.

Wir haben dann nach seiner Rückkehr gemeinsam telefonisch die Obleute unterrichtet. Wenn ich es richtig sehe, darf ich über das Detail hier jetzt keine Auskunft geben. Aber ich kann so viel sagen, dass wir auch hier eine umfangreiche Unterrichtung vorgenommen haben.

Es gibt dann am 22. September einen Bericht einer afghanischen Untersuchungskommission. Hier will ich nur so viel sagen, dass es dort auch wieder verschiedene Zahlen gab, auch Zahlen im Hinblick auf Zivilisten. Darüber habe ich mit dem Generalinspekteur gesprochen, und wir haben gesagt: Wir haben jetzt so viele, teilweise unterschiedliche Berichte, auch mit unterschiedlichen Zahlen. Wir haben eindeutig gesagt: Wir wollen entscheidend hier die NATO unterstützen, und der entscheidende Punkt ist jetzt der NATO-Untersuchungsbericht, sodass wir jetzt nicht noch weitere Zahlen sozusagen veröffentlichen, was mehr zur Verwirrung als zur Klarheit in der Gesamtdiskussion beiträgt. Wir warten den ISAF-Bericht ab.

Am 5. Oktober habe ich General Wieker, den heutigen Generalinspekteur, als Chef des Stabes nach Afghanistan verabschiedet, und ich meine, es sei dieser Tag gewesen, dass ich mit dem Generalinspekteur gesprochen habe und er mir gesagt hat: Da gibt es auch noch einen Bericht eines Feldjägers. - Ich gehe jetzt nicht auf Details ein; ich sage nur, dass der sozusagen nicht vorteilhaft für unsere Soldaten war.

(Rainer Arnold (SPD): Das haben wir akustisch nicht verstanden!)

- Dass er nicht vorteilhaft für unsere Soldaten war. - Ich habe mich zunächst ziemlich darüber geärgert, weil ich gesagt habe: Wir haben doch gesagt: Wir unterstützen nur die NATO. Wie kommt ein Feldjäger überhaupt dazu, so was zu machen? - Ich bitte bei Kollegen, die den Feldjägern nahestehen, um Nachsicht. Aber ich habe dann von dem Generalinspekteur erfahren, dass er das auch, als er vor Ort war, unterbunden habe, dass aber jetzt dieser Bericht da sei - - und was wir sozusagen jetzt damit machen.

Ich habe gesagt: Es hat keinen Zweck. Wir haben zwar gesagt: „Wir unterstützen nur die NATO, machen nichts Eigenes“, aber wenn wir das jetzt unter den Tisch fallen lassen, dann ist das nicht in Ordnung, zumal das kein positiver Bericht war. - Deshalb waren wir gemeinsam der Auffassung, dass wir diesen Bericht der NATO-Untersuchungskommission zur Verfügung stellen, und das ist dann auch am 7. Oktober erfolgt. Wie ich später aus der Zeitung erfahren habe, soll der Rechtsberater V. gesagt haben, dass die Untersuchungskommission der NATO diesen Feldjägerbericht für bedeutungslos gehalten und ihn vernichtet habe.

Am 15. Oktober habe ich dann den neuen SACEUR Stavridis getroffen. Er hat auch seinen Antrittsbesuch bei uns abgestattet. Wir haben über die Gesamtsituation gesprochen, auch all der Einsätze der NATO. Wir haben natürlich auch über den Luftschlag gesprochen. Ich habe ihm damals gesagt, dass immer unser Ziel war - das war immer auch mein Petitum -, zivile Opfer zu vermeiden; denn wir hatten ja teilweise schon Situationen, wo durch andere Kräfte teilweise Hochzeitsgesellschaften bombardiert waren, wo es Demonstrationen gegen die NATO gab. Wer vernetzte Sicherheit umsetzen will, das heißt Vertrauen der Menschen gewinnen will, der kann nicht hier in einer derartigen Art und Weise vorgehen. Darüber waren wir uns auch sehr einig.

Ich habe dann, um das Bild insgesamt abzurunden, am 21. Oktober ein Schreiben veranlasst an die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden, die dort mit Vorermittlungen gegen Oberst Klein beschäftigt war, und habe dargelegt, dass ich der Auffassung sei, dass Oberst Klein sich grundsätzlich im Rahmen des Mandats verhalten habe und hilfsweise

hier das humanitäre Völkerrecht auch gelten würde.

Am 22. und 23. Oktober war ich bei der NATO-Verteidigungsministerkonferenz in Bratislava. Übrigens habe ich dort noch einmal sehr breite Unterstützung meiner Kollegen erfahren, die sich völlig im Gegensatz zu den Außenministerkollegen dort erklärt haben. Ich habe dort auch noch einmal mit General McChrystal gesprochen, der mir gesagt hat, dass der Untersuchungsbericht sozusagen jetzt bei ihm in der Endfassung vorliege und dass er alsbald zugestellt würde. Ich habe ihm das noch einmal gesagt, auch im Hinblick auf meine Solidarität und Unterstützung gegenüber Oberst Klein. Ich weiß noch, dass ich ihm die Frage gestellt habe, was eigentlich gewesen wäre, wenn es den Taliban gelungen wäre, diese Tanklastwagen gegen unsere Soldaten entsprechend zur Detonation zu bringen, und 60 deutsche Soldaten tot gewesen wären.

Wir haben dann am 26. Oktober - denn als ich von Bratislava zurückkam, habe ich erfahren, dass ich in der neuen Bundesregierung das Amt nicht mehr bekleiden werde, sondern dann das Amt des Arbeits- und Sozialministers übernehmen solle, die Verteidigung war ja am 27. Oktober [sic!], und Kollege zu Guttenberg dann Verteidigungsminister werden solle -, Kollege zu Guttenberg und ich, bei mir im Verteidigungsministerium ein Übergabegespräch geführt, wo wir über verschiedene Dinge gesprochen haben, beispielsweise teilweise die Dinge, die nach der Koalitionsvereinbarung jetzt auf den Verteidigungsminister zukommen; denn ich war federführend für die CDU/CSU für den Bereich Außenpolitik, Europapolitik, Entwicklungspolitik und Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Wir haben über die Einsätze gesprochen. Ich weiß noch, dass wir auch über die Rüstungsprojekte gesprochen haben bis zum Thema A400M.

Ich habe ihm auch gesagt, dass der NATO-Bericht jetzt alsbald eingehen würde. Ich hatte mit General Wieker, der zwischenzeitlich ja in Afghanistan war, besprochen, dass der unmittelbar uns zugestellt würde. Das war noch in einer Zeit, wo ich sozusagen im Amt war. Da habe ich ihm gesagt, dass er unmittelbar den Bericht bekommen würde und es bei uns üblich war, dass der Planungsstab eine Stellungnahme für den Minister und für den Generalinspekteur ausgearbeitet hat.

Was im NATO-Bericht im Einzelnen steht, habe ich nicht mehr zur Kenntnis genommen; das habe ich dann nur aus der Presse erfahren - aber ich glaube, das kennen Sie -, im Hinblick auf die Zahlen 17 bis 142 Opfer und mögliche 30 bis 40 Zivilisten.

Ich will vielleicht, um das Bild abzurunden, Frau Vorsitzende, noch zwei Punkte gerne vortragen. Am 26. November, also an dem Tag, als an dem Morgen dieser Feldjägerbericht in einer Zeitung erschien, hat in einem *ZDF spezial* der aus meiner Sicht mit größte Experte für Afghanistan, der Journalist Ulrich Gack, berichtet, dass Verschleierungstaktik im Fall der Taliban gegeben sei. Sie versuchen natürlich, die Opferzahlen nach oben zu treiben. Er sagt: Es gibt Berichte, dass im Krankenhaus Kunduz nach dieser Operation Leute eingeliefert worden sind, die bei dem Luftschlag gar nicht verletzt worden sind, nur um zu zeigen: Es sind viele Menschen verletzt worden oder ums Leben gekommen. Das ist die Taktik der Taliban, die mit allen Tricks schafft. Es ist auch ein Krieg der Worte.

Ein letztes Beispiel, ebenfalls von Uli Gack. Er berichtet über einen entsprechenden Verwaltungschef von Chahar Darreh, also der kritischen Region, Abdul Waheed, der mit vielen Taliban eng verwandt ist. Der Bericht ist übrigens vom 14. Dezember. Viele aus seiner Familie sind umgekommen, sagt der. Viele waren nicht unschuldig. Die Getöteten waren Taliban, oder sie hatten eine enge Beziehung zu ihnen, Unterstützer oder Verwandte. Er sagt dann weiter, er wisse das deshalb, weil in der Nacht viele andere von den Taliban vertrieben wurden, die zuvor nicht mit den Taliban zusammengearbeitet haben. Die ganze Diskussion in Deutschland über den Luftschlag findet Abdul Waheed merkwürdig fremd. Für ihn sind Taliban brutale Terroristen.

Wenn also in dem Zusammenhang, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen - deshalb habe ich Ihnen diesen Sachverhalt dargestellt -, von Vertuschen oder von schlimmeren ehrabschneidenden Dingen gegenüber meiner Person gesprochen wird, dann kann ich das nur mit Nachdruck zurückweisen. Mir ging es immer darum, hier korrekt, wahrheitsgemäß zu unterrichten, auch und gerade das Parlament zu unterrichten. Aber mir ging es auch darum, unsere Soldatinnen und Soldaten zu unterstützen, die mit Risiko für Leib und Leben für unsere

Sicherheit in Afghanistan im Einsatz sind. - Besten Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Vielen Dank, Herr Dr. Jung. - Sie haben von Berichten gesprochen aus Afghanistan, von dem Feldjägerbericht. Welche Berichte und anderen Unterlagen sind Ihnen im Zusammenhang mit der Kunduz-Affäre am 4. September 2009 noch vorgelegt worden oder bekannt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Am 4. September - das habe ich Ihnen ja gerade gesagt, Frau Vorsitzende - habe ich morgens diese Information bekommen, dass zwei Tanklastwagen in Kunduz zerstört seien. Es sind Meldungen dann gelaufen: Bundeswehr gelingt Schlag gegen Taliban. - Ich habe dann mit dem Generalinspekteur und mit Staatssekretär Dr. Wichert telefoniert, und dann kam die Information: 56 Tote, 14 Verletzte, es sind Taliban und deren Verbündete.

Ich sage noch einmal: Wir haben deshalb die Obleute am 4. September nicht konkretisiert auf konkrete Opfer unterrichtet, weil das alles noch zu unsicher war und ich nicht wollte, dass wir heute berichten: „56 Opfer und 14 Verletzte“, und nachher sind es vielleicht 60 oder 70, und mir wäre vorgeworfen worden, das Parlament falsch zu informieren. Das war immer ein Stück unser Problem, dass teilweise in unserer heutigen Mediensituation viele Meldungen schon transportiert werden, aber wir noch gar nicht die hundertprozentige Sicherheit hatten, dass das auch stimmt.

Wenn Sie sehen, was hier im Grunde genommen an divergierenden Meldungen da war, dann, glaube ich, war das auch zunächst richtig, sodass am 4. September wir diese Information auch ans Parlament dann weitergegeben haben, die da lautet: Es war ein Luftangriff gegen OMF, also Opposing Military Forces.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Jung, ich wollte eigentlich wissen: Haben Sie noch weitere Berichte bekommen? Sind Ihnen die vorgelegt worden? Haben Sie von ihnen erfahren auf irgendeine Art und Weise oder nicht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Im Zusammenhang mit der Gesamtsachdarstellung selbstverständlich. Ich habe ja davon

gesprochen, dass ich den Bericht hatte von Oberst Klein, dass ich den Bericht hatte von Oberst N [REDACTED], der hier in diesem Initial Team war, dass ich den Bericht hatte von den Afghanen, dass ich danach noch einmal einen Bericht hatte von einer afghanischen Untersuchungskommission, dass wir - Augenblick einmal, es war noch ein Thema -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

nachher dann auch über die Feldjäger - das habe ich ja gerade vorgetragen - - und dass es noch einmal einen Bericht gab - Augenblick -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

einer afghanischen Untersuchungskommission. Das sind im Grunde genommen die Berichte, die ich bekommen habe.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Hatten Sie während Ihrer Amtszeit als Bundesminister der Verteidigung jemals einen Anlass gesehen, hinsichtlich dieses Untersuchungsgegenstandes verzögerte, sachlich falsche oder unvollständige Unterrichtung durch Mitarbeiter Ihres Ressorts zu rügen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Hatte ich nicht. Das Einzige, was mich geärgert hatte, ist, dass der Feldjäger aus meiner Sicht einen Bericht gemacht hatte, obwohl wir ja eigentlich gesagt hatten: Es gibt keinen eigenen Bericht, sondern wir unterstützen nur die NATO.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Sie haben davon gesprochen, dass Sie am 26.11. ein Übergabegespräch mit dem Kollegen zu Guttenberg hatten. Haben Sie bei diesem Übergabegespräch über den Untersuchungsgegenstand gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir haben allgemein über die Situation des Luftschlages gesprochen. Ich habe ihm auch noch einmal gesagt, dass ich es als meine Pflicht angesehen habe, mich vor Oberst Klein zu stellen, und ich habe ihm gesagt, dass, wie gesagt, die unterschiedlichsten Informationen da waren, dass ich aber gleich, im Gegensatz zu der öffentlichen Berichterstattung, ja bereits am Sonntag, als die *Washington Post* erschienen war, auch von zivilen Opfern gesprochen habe. Ich habe ihm dann gesagt,

wie gesagt, dass wir bei uns alles auf diesen NATO-Untersuchungsbericht konzentriert hätten und dass dieser NATO-Untersuchungsbericht jetzt in den nächsten Tagen bei ihm eingehe. Wenn ich es richtig weiß, ist der ja auch dann sogar, glaube ich, schon am nächsten Tag bei ihm eingegangen.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Vielen Dank. - Ich möchte nun den anderen Ausschussmitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Fragen zu stellen. Für den Zeugen darf ich kurz den Ablauf darstellen: Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für ihre Fragen und eine bestimmte Reihenfolge, wobei der Grundsatz von Rede und Gegenrede berücksichtigt wird.

Zur Eröffnung der ersten Fragerunde gebe ich das Wort der CDU/CSU-Fraktion.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Jung, darf ich einfach noch mal zurückkommen auf die Art oder auf das Prozedere, wie in Ihrem Haus praktisch auf solche besonderen Vorkommnisse reagiert wurde? Können Sie vielleicht diesem Ausschuss darstellen, wie die Meldewege organisiert waren, hin vielleicht bis zur Beantwortung der Frage, wer Sie denn praktisch während Ihrer Wahlkampfreise unterrichtet hat, aus dem Ministerium, aus dem Einsatz oder wo immer? Wenn Sie da uns den normalen Ablauf noch mal schildern könnten.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Normal läuft der Meldeweg unmittelbar über das Einsatzführungskommando in Potsdam. Wir hatten ja dann zwischenzeitlich, wie Sie wissen, Kollege Beck, den Einsatzführungsstab gebildet, weil wir hier in besonderer Pflichterfüllung auch im Hinblick auf die Einsätze standen, sodass also vom Einsatzführungskommando das an den Einsatzführungsstab gegangen ist, dann an den Generalinspekteur respektive Staatssekretär und dann an mich, wobei ich in dieser Zeit, wenn Sie so wollen, nicht telefonisch im Kontakt gestanden habe jetzt mit dem Einsatzführungskommando oder mit dem Einsatzführungsstab, sondern in der Regel mit dem Generalinspekteur und mit dem Staatssekretär.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass also praktisch die Informationen dann

über den Generalinspekteur und über den Staatssekretär an Sie gekommen sind und auch dann zur direkten Beratung geführt haben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jawohl.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Darf ich aber schon noch nachfragen zu dem Morgen des 4. September? Sie waren unterwegs in Baden-Württemberg. Wer hat Sie da informiert? Sie sind offenbar telefonisch angerufen worden. Wer hat Sie da informiert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ging über meinen Adjutanten, Herrn Oberst Braunstein.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Wissen Sie, woher dieser Anruf kam?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Herr Oberst Braunstein hatte mir zunächst kurz eine SMS geschickt, und wir haben dann -- Wir waren zusammen unterwegs in Baden-Württemberg, er war dort mit dabei. Er hatte mich dann auch persönlich in Kenntnis gesetzt, dass er diese Information -- Jetzt muss ich vorsichtig sein, von wo er sie hatte. Ich nehme an, dass er sie unmittelbar vom Einsatzführungskommando hatte oder vom Einsatzführungsstab. Aber da bin ich jetzt nicht sicher.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass bereits eine Pressemitteilung am Morgen des 04. herausgegangen war, die also zivile Opfer praktisch kategorisch ausgeschlossen hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Mir war es schon bekannt. Herr Dr. Raabe, der Pressechef, wenn ich so sagen darf, im Verteidigungsministerium, war mit mir unterwegs, weil wir nachmittags dann noch Pressetermine hatten. Der hatte einen Kontakt mit der Pressestelle, und es war, wenn ich es richtig erinnere, auch der Tag - es war Freitag -, wo immer die Bundespressekonferenz ist. Dort hat Herr Dienst ihn vertreten, und der hat dort Stellung genommen. Wie gesagt, zunächst waren ja auch unsere Informationen, dass es nach unserem Kenntnisstand

sich nur um Taliban und Verbündete gehandelt hat.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Haben Sie in dem Gespräch dann nachher - - Sie haben sich ja dann darüber informiert und auch beraten, dass also dann nun praktisch außer dieser ersten Meldung durchaus auch andere Meldungen bereits zu diesem Zeitpunkt offenbar vorlagen, die also eine wesentlich andere Lesart auch zuließen. Sind Sie darüber auch informiert worden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich hatte nur die Kenntnis, die ich Ihnen gerade gesagt habe, auch dann in Gesprächen mit dem Generalinspekteur und dem Staatssekretär und auch in dem Gespräch mit dem Staatssekretär - Wie informieren wir die Obleute? -, dass es sich um diese Zahl 56 und 14 handelt, allerdings nur Taliban und deren Verbündete. Ich habe dort aber in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär zur Vorsicht geraten, weil das noch zu unsicher war, um hier eine entsprechende Meldung zu formulieren.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Können Sie uns sagen, zu welchem Zeitpunkt Sie aus Ihrer Perspektive ein umfassendes Lagebild hatten, dass Sie sagen: „So, jetzt bin ich informiert darüber und kann da also auch entsprechend kompetent urteilen“?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich hatte, wie gesagt, am 07.09., wo wir auch dann die presseverwertbare Stellungnahme gemacht haben, auch den Bericht an die Bundeskanzlerin, ja diesen, zumindest das, was damals im Schwange war - - Wissen Sie, hundertprozentig sicher sagen, wie es wirklich war - - Also bei allem, was ich gelesen habe, selbst bei dem NATO-Bericht, ist das nicht so.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben ja vorher auch von einem Telefongespräch mit dem General McChrystal berichtet. Nun war diese Reaktion der Amerikaner ja durchaus - ich will es mal vorsichtig formulieren - etwas unfreundlich, auch der Umgang mit einem deutschen Offizier etwa durch einen Journalisten der *Washington*

Post bei einer dienstlichen Anhörung. Wie haben Sie sich denn gegenüber dem General McChrystal geäußert, der ja auch zu diesem Zeitpunkt bereits öffentlich eigentlich von zivilen Opfern gesprochen hat und die Deutschen dafür eigentlich, wie die Außenminister ja auch bereits, kritisiert hatte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, ich habe mich ziemlich kritisch mit ihm unterhalten und habe ihm auch gesagt, dass ich das für unverantwortlich ansehe, auch im Hinblick darauf, dass er als COMISAF gerade gegenüber unserem Soldaten Oberst Klein sich in einer solchen Art und Weise äußert. Ich habe ihm auch gesagt, was mir Oberst Klein geschildert hat. Wie gesagt, nach dem Gespräch war er auch etwas vorsichtiger mit dem Thema Opfer, da sprach er nur noch von Verletzten. Es zeigt mir ja auch, dass er selbst in seinem Untersuchungsbericht, den er da am 8. September ja in Auftrag gegeben hat, nicht definitiv von Opfern gesprochen hat, sondern dass das zu untersuchen sei.

Ich habe doch ziemlich deutlich, sagen wir einmal, meine Verärgerung diesbezüglich zum Ausdruck gebracht. Deshalb, muss ich sagen, war ich nachher auch ganz froh, dass sich die Wogen wieder geglättet hatten, als ich bei der NATO-Verteidigungsministerkonferenz mit ihm noch mal über die Gesamtsituation gesprochen habe. Ich hatte den Eindruck, und mein Kollege - ja, da kann ich schon fast mehr sagen - Bob Gates, der amerikanische Außenminister [sic!], hatte sich ja auch öffentlich zu General McChrystal geäußert.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Nach dem Gegenwind der Außenminister hat Sie die Unterstützung der Kollegen aus dem Kreise der Verteidigungsminister also auch da wieder etwas besänftigt. Aber jetzt frage ich mal Sie aus Ihrer Erfahrung als Rechtsanwalt: Wäre denn angesichts dieser Situation es nicht sinnvoll gewesen, sich nicht auf den Bericht des COMISAF und damit der NATO zu verlassen und dann gerade angesichts der Situation auch eine eigene nationale Untersuchung anzustreben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Darüber haben wir ja gesprochen. Ich wollte, wo gerade die Gegensätze so im Raum waren, im Grunde genommen vermeiden, dass uns

parteiisches Vorgehen dort vorgeworfen wird. Wenn ich sage: „Wir haben darüber gesprochen“, waren das der Staatssekretär und der Generalinspekteur. Deshalb haben wir gesagt: Wir machen keine eigene Untersuchung, gerade wo es sich so darstellt, allerdings geben wir einen Rechtsberater mit in die Untersuchungskommission, und wir begleiten dies auch über den Einsatzführungsstab.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie haben uns vorher angedeutet, dass Sie sich über den Feldjägerbericht geärgert haben, genauer gesagt über die Tatsache, dass die Feldjäger tätig geworden sind. Nun hat in diesem Kontext der Feldjägerbericht ja auch eine Bedeutung erlangt, die eigentlich nach unserer Einschätzung in keinem Verhältnis zum Inhalt steht, als ob er so etwas gewesen wäre wie der Versuch praktisch einer Eigendarstellung unserer eigenen Streitkräfte gegenüber den Verbündeten. Wie würden Sie denn aus heutiger Sicht den Feldjägerbericht beurteilen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe ja gerade wiedergegeben, was der Rechtsberater gesagt hat, wie die NATO den aufgenommen hat. Da muss ich sagen: Ich kann mich diesem Urteil unseres Rechtsberaters durchaus anschließen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Minister, darf ich noch mal kurz auch zum COMISAF-Bericht fragen? Sie haben gesagt, Sie haben dem Amtsnachfolger bei der Übergabe auch gesagt: Da kommt der Bericht aus der NATO über diesen Luftschlag bei Kunduz. - Haben Sie ihn auch darauf hingewiesen, dass da vielleicht ein paar mögliche kritische Punkte -- Die Vorgeschichte war ja weitgehend bekannt. Wie muss man sich das also vorstellen? Welche Rolle hat dieser Bericht gespielt, oder hat er angesichts anderer Probleme, was man auch verstehen könnte, nur eine relativ kleine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war nicht die dominierende Rolle im Rahmen des Gesprächs. Ich habe allerdings gesagt, dass es sehr unterschiedliche Darstellungen gibt im Hinblick auf die Fragen: Wie viele Opfer? Sind es zivile Opfer? Sind es jetzt Verletzte? - Meine Überzeugung war auf jeden Fall, dass die überwiegende Mehrheit Tali-

ban waren, dass man zivile Opfer nicht ausschließen kann. Aber im Wesentlichen habe ich halt darauf hingewiesen, wir müssen jetzt mal -- Ich wusste ja nicht, was im NATO-Untersuchungsbericht steht. Das hatte mir auch nicht General McChrystal im Gespräch im Rahmen der NATO-Verteidigungsministerkonferenz gesagt. Man musste jetzt mal abwarten, was konkret dieser Bericht erbringt.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Darf ich noch mal zurückkommen auf die Frage der Information Ihres Hauses? Wir haben ja in der Vergangenheit dort bestimmte Informationsstränge untersucht. Hatten Sie direkten Kontakt etwa zum Beispiel, und zwar am 04. oder am 05. bereits, mit Ihrem Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, der ja eigentlich für die Einsätze federführend ist? Gab es da ein Gespräch? Die Situation war ja: Es war Wahlkampf, in wenigen Wochen war ja die Bundestagswahl. - Haben Sie also da mit dem für den Einsatz verantwortlichen, federführenden Amt direkten Kontakt gehabt, oder gab es eben Informationen aus Ihrem Haus an das Auswärtige Amt oder auch an das Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich habe mich unmittelbar ans Auswärtige Amt auch gewandt, weil ich mich über diese Berichte geärgert habe. Das war ja doch massiv, wie dort formuliert worden ist. Nun war es so, dass, wenn ich recht erinnere, der Bundesaußenminister an dieser Außenministerkonferenz nicht persönlich teilgenommen hat, sondern dass Herr Staatsminister Gloser dort war und ich auch mit Staatsminister Gloser noch einmal gesprochen habe, sodass von daher ich schon versucht habe, dort ein Stück gegenzusteuern. Ich habe ja gerade gesagt, dass ich dann mit dem Außenminister selbst am Montagmorgen gesprochen habe, dort in Bonn, und dass der Bundesaußenminister auch mir gegenüber sein Unverständnis geäußert hatte im Hinblick auf diese Vorverurteilungen - ich glaube, er hat es nachher sogar im Bundestag auch so formuliert -, die die Kollegen dort gegenüber Oberst Klein vorgenommen haben.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Kollege

Dr. Jung. Ich glaube, der Kollege Brand hat noch weitere Fragen.

Michael Brand (CDU/CSU): Lieber Herr Kollege Jung, Sie haben eben davon berichtet, dass Sie am 5. Oktober mit dem damaligen Generalinspekteur über die Existenz des Feldjägerberichts gesprochen haben. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt oder um diesen Zeitpunkt herum auch mit Staatssekretär Wichert darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Über den Feldjägerbericht? Also wenn ich mich recht erinnere: Nein.

Michael Brand (CDU/CSU): Sie haben beim Thema Feldjägerbericht - - Das hat der Generalinspekteur bei seiner Zeugenaussage hier auch berichtet, dass er Ihnen vorgetragen hat zum Feldjägerbericht, nicht vorgelegt, aber vorgetragen hat zu diesem Bericht. Sind Sie der Einschätzung, dass dieser Bericht, den Sie ja damals noch nicht kannten, so eine Bedeutung hat, dass er einem Verteidigungsminister vorgelegt werden muss bzw. er auch unterrichtet werden muss?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wissen Sie, das ist auch ein Stück eine Bewertung. Ich habe ja gerade gesagt: Es waren ja so viele Berichte teilweise in der Welt, und das war nun - - Der Generalinspekteur - ich habe jetzt zu Details nicht Stellung genommen, weil ich darauf hingewiesen worden bin, dass es unter Geheim ist - hat mich schon über den Inhalt informiert. Ich habe ihn nicht gesehen, ich habe ihn auch nicht gelesen, aber er hat mich über den Inhalt in Kenntnis gesetzt, und mir war klar, dass das sozusagen eher nachteilig ist für Oberst Klein. Deshalb kamen wir auch zu der gemeinsamen Überzeugung, dass wir den jetzt nicht sozusagen behalten, weil es ein eigener Bericht ist, sondern dass wir, weil wir gesagt haben, wir unterstützen die NATO, auch diesen Bericht, obwohl er nachteilig war, der NATO-Untersuchungskommission gegeben haben.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Jung, darf ich vielleicht kurz noch eine Nachfrage machen, gerade in dem Zusammenhang mit den Berichten? Sie haben gesagt, der COMISAF-Bericht war im Grunde der, der all diese Be-

richte gesammelt hat und dann auch im Grunde in einer kompakten Form dargelegt hat. Nun haben wir im Verlauf der Anhörungen erfahren von der Existenz einer „Gruppe 85“, die also, da nun vom Ministerium eingesetzt, eigentlich inhaltlich Interessen unserer Streitkräfte gegenüber der NATO vertreten sollte, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Haben Sie von der Existenz dieser Gruppe gewusst, hat also Staatssekretär Wichert Ihnen dies dargestellt? Und wie war, wenn Sie davon gewusst haben, deren Aufgabe formuliert? Einfach nur, damit wir in der Frage der Berichte ein bisschen Klarheit bekommen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist der Punkt, den ich vorhin dargelegt habe, dass wir gesagt haben: Wir machen keinen eigenen Bericht, wir unterstützen die NATO. - Wir haben den Rechtsberater V ■■■, wie gesagt, in die Untersuchungskommission der NATO beordert, aber wir haben gesagt: Wir begleiten das über den Einsatzführungsstab. - Das ist diese - in Anführungszeichen - „dubiose“ „Gruppe 85“. Mir war dieser Begriff damals nicht bekannt; er hat wohl irgend so einen Computerbezug gehabt. Aber die Tatsache, dass hier begleitet wird über den Einsatzführungsstab, das haben wir so besprochen. Wenn ich es recht erinnere, haben wir das auch nachher sogar öffentlich gemacht am 11. September. Also diese Dinge, die da hineingeheimnist worden sind, entbehren jeglicher Grundlage.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich will noch mal nachfragen zum Thema „Gruppe 85“. Habe ich das richtig verstanden: Sie wurden nicht konkret über die Einsetzung der „Gruppe 85“ vom Generalinspekteur oder vom Staatssekretär unterrichtet?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir haben uns darüber unterhalten, dass wir diese Untersuchung der NATO über den Einsatzführungsstab begleiten, dass es dort auch Leute gibt, die genau dies machen. Das ist nachher als „Gruppe 85“ bezeichnet worden.

Michael Brand (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Keine Fragen mehr? - Dann gebe ich der SPD-Fraktion das Wort.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Jung, erklären Sie dem Ausschuss doch noch einmal, warum Sie zurückgetreten sind.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Darf ich mit einer Gegenfrage antworten? Warum hat mich die Frau Vorsitzende zum Rücktritt aufgefordert?

Michael Groschek (SPD): Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe gesagt: Darf ich mit einer Gegenfrage antworten? Warum hat mich die Frau Vorsitzende zum Rücktritt aufgefordert?

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie es gemacht?)

Ich habe doch in meiner Erklärung im Rahmen des Rücktritts das schon erklärt. Ich sah in der damaligen Situation, die einfach angeheizt war, was jeder Realität entsprach - das haben Sie ja gerade gehört -, eine Notwendigkeit im Hinblick auf den Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten, und das war mir vorrangig.

Michael Groschek (SPD): Ich frage ja nicht ohne Grund. Nach Ihrem Vortrag drängt sich jetzt mir der Eindruck auf, dass Sie nach wie vor sagen, auch nach Ihrem heutigen Kenntnisstand bezweifeln Sie, ob es überhaupt zivile Opfer gegeben hat. Sie haben darauf verwiesen, dass Herr Oberst Klein, den Sie als kompetenten Soldaten hoch schätzen, Sie darauf hingewiesen hat, das sei eigentlich untypisch. Wenn zivile Opfer bei dem Bombenschlag von Kunduz zu bemerken gewesen wären - so haben Sie ausgeführt -, hätten die Taliban auch zivile Opfer der Öffentlichkeit präsentiert. Da dies nicht geschehen sei, würden Sie in Übereinstimmung mit Oberst Klein bezweifeln, dass es solche gab.

Dann haben Sie weiter ausgeführt, am 14.12. hätte ein hervorragender ZDF-Bericht im Grunde das noch mal bestärkt dadurch, dass deutlich geworden sei, dass möglicherweise auch die Verletzten im Krankenhaus, die Grundlage für die Berichterstattung auch von ISAF-Berichten und anderen Berichten waren, auch des Feldjägerberichtes, im Grunde nur Opfer waren, die untergeschoben waren, die also gar nicht Opfer des Bombenanschlages waren, sondern die an-

derweitig Verletzte waren und die auch als - in Anführungszeichen - „Attrappe“ für Kollateralschäden der Weltöffentlichkeit präsentiert wurden. Habe ich Sie da so richtig wahrgenommen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen erstens dargestellt, was mir Oberst Klein in dem Gespräch gesagt hat. Ich habe Ihnen zweitens dargestellt, was dort Uli Gack im ZDF berichtet hat, und ich habe Ihnen drittens gesagt, dass ich der Überzeugung sei, dass die überwiegende Anzahl der Opfer Taliban seien, dass ich aber nicht ausschließen kann - die Zahl, wie viele, weiß, glaube ich, keiner; kann es auch nicht richtig sagen -, dass es auch im Rahmen dieses Luftschlages zivile Opfer gegeben hat. Deshalb habe ich ja auch dies bereits am Sonntag, dem 6. September, so gesagt.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Jung, am 04.09. lagen der Bundesregierung hinlänglich Informationen vor, die darauf hinwiesen, dass es mit höchster Wahrscheinlichkeit zivile Opfer gegeben hat. Am 04.09. hat Ihr damaliger Amtskollege, der Außenminister der Bundesregierung, dargestellt, dass zivile Opfer nicht auszuschließen seien und dass, wenn es zivile Opfer gäbe, er sich bei den Angehörigen für diese Opfer entschuldigen würde und sein tiefes Bedauern ausdrücken würde. Sie haben weder am 04.09. noch am 05.09. noch über den Tag des 06.09. bis abends Vergleichbares geäußert, sondern Sie haben am 05.09. ein umfangreiches Interview, mitten im Wahlkampf, der *Bild am Sonntag* gegeben, und Sie haben gerade dem Ausschuss erklärt, Sie hätten bis heute kein komplettes Lagebild.

Können Sie uns denn erklären, welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang Ihr Gespräch mit der Bundeskanzlerin am Abend des 06.09. hatte? Hat die Frau Bundeskanzlerin Sie am Abend des 06.09. auf die vorhandene Informationslage hingewiesen und Sie deshalb gedrängt, eine andere Sprachregelung in Ihren öffentlichen Verlautbarungen einzunehmen? Oder was war die Entwicklung Ihres Informationsstandes bis zum Gespräch mit Merkel am 06.09.?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sie haben jetzt in Ihrer Frage mehrere Unterstellungen, die ich richtigstellen muss.

Erstens. Mir ist keine derartige Erklärung des Bundesaußenministers bekannt, von der

Sie gerade sprechen, am 4. September. Ich weiß nur, dass er am 7. September morgens, als ich mit ihm gesprochen habe, sich erstens sehr über diese Vorverurteilung seiner Kollegen geärgert hat und zweitens den Bericht der Afghanen zur Kenntnis genommen hat. Das war ja immerhin nicht irgendjemand, sondern das waren der Vorsitzende des Provinzrates - so habe ich gerade gesagt -, der Gouverneur, der Polizeichef, der Armeechef, der Geheimdienstchef, die gesagt haben, Dorfbewohner im Gespräch mit Bewohnern und Augenzeugen haben ihnen genau das bestätigt. - Erste Feststellung.

Zweite Feststellung: Ich habe am Sonntagnachmittag, ca. 13.30 Uhr - die Zeit habe ich genannt -, bereits vor der Presse von zivilen Opfern gesprochen. Ich habe dies getan, weil durch den Bericht der *Washington Post* dies so auch dargestellt worden ist und wir das nicht ausschließen konnten. Ich habe dann davor - das habe ich ja gesagt - mich mit der Bundeskanzlerin unterhalten - nicht erst am Abend -, und ich habe am Abend mit dem Generalinspekteur gesprochen, wo wir über die verschiedenen Berichte - sowohl Klein als auch N [REDACTED] als auch afghanische Kommission - gesprochen haben. Das ist der Sachverhalt.

Ich sage Ihnen noch einmal: Ich kenne derzeit niemanden - ich weiß nicht, ob Sie es können -, der Ihnen exakt sagen kann, erstens, wie viele Opfer Taliban, und zweitens, wie viele zivile Opfer. Ich sage Ihnen: Nach meiner Überzeugung sind die überwiegende Zahl der Opfer Taliban, aber nach meiner Überzeugung - das ist meine persönliche Überzeugung - gab es auch zivile Opfer, und deshalb ist es richtig, dass wir uns auch dafür entschuldigen.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Jung, Sie haben von dem Übergabegespräch am 26.10. gesprochen. War das das einzige Übergabegespräch zwischen Ihnen und Ihrem Amtsnachfolger, oder gab es weitere Gespräche?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war das einzige Übergabegespräch; denn am 27. Oktober [sic!] ist ja schon die neue Bundesregierung vereidigt worden.

Michael Groschek (SPD): Am 26.10., so haben Sie ausgeführt, haben Sie ausführlich über alle wichtigen Vorhaben, auch über die Lage in Afghanistan, gesprochen, und Sie

haben zuvor dem Ausschuss gegenüber ausgeführt, dass Sie am 05.10. mit dem Generalinspekteur ja auch über den Feldjägerbericht geredet hätten, den auch bewertet hätten, ihn dann weitergeleitet hätten zur Weiterverarbeitung an den NATO-Bericht. Haben Sie bei Ihrem Übergabegespräch mit Dr. zu Guttenberg auch über den Feldjägerbericht gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Expressis verbis nicht. Ich habe nur allgemein, wie ich es gerade dem Ausschuss gesagt habe, gesagt, dass es unterschiedliche Berichte gegeben habe, dass es aber jetzt darauf ankomme, was konkret die NATO ermittelt habe.

Michael Groschek (SPD): Hielten Sie den Feldjägerbericht also nicht für erwähnenswert gegenüber von zu Guttenberg?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe nach meiner Erinnerung von keinem einzigen konkreten Bericht gesprochen, weder von dieser afghanischen Kommission noch von N [REDACTED] noch von anderen Berichten, sondern wir haben uns nur allgemein darüber unterhalten, und ich habe genau das gesagt, was ich Ihnen eben bereits gesagt habe, dass wir uns auf die NATO-Untersuchung konzentrieren.

Michael Groschek (SPD): Also haben Sie Ihrem Amtsnachfolger geraten oder ihn darauf hingewiesen, dass die eigentliche Informationsgrundlage, die eigentliche Aufklärungsgrundlage über die Vorkommnisse in Kunduz der NATO-Bericht sei.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja. Darauf haben wir uns ja konzentriert, dass das Entscheidende der NATO-Untersuchungsbericht ist.

Michael Groschek (SPD): Sie hatten ja eingangs erwähnt, dass Sie ihn auch darauf hingewiesen hätten, dass er sich darauf verlassen könne, dass der Planungsstab praktisch so etwas wie eine beratende Zusammenfassung und Bewertung liefern würde.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich so nicht formuliert. Ich habe gesagt, es sei abgesprochen, dass, wenn der Bericht eingehe, der Planungsstab eine entspre-

chende Stellungnahme ausarbeite, die abgestimmt sei zwischen dem Bundesminister und dem Generalinspekteur.

Michael Groschek (SPD): Kann ich daraus schließen, dass Sie die übrigen Berichte unerwähnt ließen, dass Sie davon ausgegangen sind, nach bestem Wissen und Gewissen, dass Ihr Amtsnachfolger durch Sie komplett und hinreichend und ausführlich genug informiert worden ist, wenn Sie ihn auf diese beiden Dokumente verwiesen haben, die Planungsstabausführungen und den NATO-Bericht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, Herr Kollege, was Sie daraus schließen, das kann ich nicht beurteilen. Ich habe Ihnen den Sachverhalt gerade geschildert, so wie er sich dargestellt hat.

Michael Groschek (SPD): Wer war außer Ihnen beiden bei dem Gespräch beteiligt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Niemand.

Michael Groschek (SPD): Haben Sie, Herr Dr. Jung, jemals Grund gehabt, den Staatssekretär Wichert oder den Generalinspekteur wegen der Amtsführung zu tadeln?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, wissen Sie, ich will nur Folgendes sagen: Selbstverständlich gab es in dem einen oder anderen Punkt im Rahmen dieser vierjährigen Amtszeit auch teilweise unterschiedliche Auffassungen, und die haben wir auch dann erörtert, aber die Auffassung des Ministers ist dann immer umgesetzt worden.

Michael Groschek (SPD): Haben Sie sich mit Ihrem Nachfolger über den Generalinspekteur und den Staatssekretär bewertend, beurteilend unterhalten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Michael Groschek (SPD): Hat Herr zu Guttenberg in dem Gespräch oder in einem anderen Zusammenhang sich Ihnen gegenüber über diese beiden Personen geäußert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Michael Groschek (SPD): Haben Sie in dem Gespräch mit zu Guttenberg oder in dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin darüber diskutiert oder gesprochen, welche Bedeutung der Begriff „angemessen“ im Zusammenhang mit dem Bombenabwurf von Kunduz haben kann?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Der Begriff war ja nicht mein Thema. Das war ja alles nach meiner Zeit. Ich habe gesagt: Ich halte die Entscheidung von Oberst Klein für nachvollziehbar. - Das habe ich auch beispielsweise General McChrystal gesagt.

Michael Groschek (SPD): Könnten Sie uns noch mal schildern, warum Sie das für nachvollziehbar hielten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich auch in dem Zusammenhang gesagt, weil ich im Grunde genommen die Gefahr gesehen habe, dass, nachdem die Taliban zwei solche Tanklastwagen in ihren Besitz gebracht haben und nachdem sie einen Fahrer ja getötet haben, wie Sie wissen, dies eine Gefahrensituation für unsere Soldatinnen und Soldaten darstellt und ich das Risiko gesehen habe, dass, wenn es denen gelingt, solche Tanklastwagen zur Detonation gegen unsere Soldaten in Stellung zu bringen, wir eine erhebliche Anzahl an Opfern vergegenwärtigen müssten. Ich hatte ja die Erfahrung gerade gemacht, dass etwas über eine Woche vorher in Kabul *ein* Tanklastwagen bereits 40 Tote und 60 Verletzte verursacht hat.

Michael Groschek (SPD): Haben Sie mit Oberst Klein in einem der beiden Gespräche über Handlungsalternativen gesprochen, die er gehabt hätte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Er hat mir die Situation so geschildert, wie ich es dargestellt habe, und ich denke, über Detailfragen kann ich auch hier jetzt keine Auskunft geben.

Michael Groschek (SPD): Haben Sie nach dem Vorfall, in dem Gespräch mit zu Guttenberg etwa oder mit der Kanzlerin, über Konsequenzen aus dem Vorfall hinsichtlich einer zusätzlichen Befähigungsnötigkeit der Einheiten in Afghanistan gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Michael Groschek (SPD): War also aus Ihrer Sicht kein Ausrüstungs- oder Fähigkeitsdefizit ursächlich dafür, dass Oberst Klein keine Handlungsalternative sah?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Michael Groschek (SPD): Also hätten Sie sich keinen anderen Bewaffnungs- oder Ausrüstungszustand der Bundeswehr in Afghanistan vorstellen können, der dazu geführt hätte, dass Oberst Klein eine Handlungsalternative gehabt hätte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: In der sehr konkreten Situation, in der Oberst Klein war, hatte er aus meiner Sicht keine andere Handlungsalternative.

Michael Groschek (SPD): Sie würden aus heutiger Sicht auch nicht sagen, ein damals vorhandenes Defizit bei den Bundeswehreinheiten müsste heute behoben sein durch ein Nachrüsten von Fähigkeiten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Die Frage stellt sich so nicht.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich beanstande die Frage!)

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Es kommt nicht auf den Ausrüstungsgegenstand rückblickend an, sondern auf die damals konkrete Situation. Das ist Gegenstand des Untersuchungsauftrages. Ich beanstande die Frage als unzulässig.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Herr Kollege Groschek.

Michael Groschek (SPD): Ich muss jetzt nur überlegen, damit ich Herrn Kauder keine Gelegenheit geben muss, sich wieder einzuschalten. - Herr Dr. Jung, wie wurde denn die Pressearbeit nach dem 04.09. in Ihrem Zuständigkeitsbereich geregelt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich denke, das habe ich bereits ausgeführt. Ich habe gesagt, dass Herr Dr. Raabe dafür verantwortlich war, der allerdings mit mir dort un-

terwegs war und der in Abstimmung dann mit seinem Vertreter, mit Herrn Dienst, das besprochen hat und der auch dann in der Bundespressekonferenz dort Stellung genommen hat.

Michael Groschek (SPD): Die erste Presseerklärung war also nicht mit Ihnen abgestimmt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, wissen Sie, wenn ein Pressesprecher in der Bundespressekonferenz sitzt, dann stimmt der nicht irgendeine Erklärungen mit dem Minister ab, sondern dann geht er im Grundsatz von den Dingen aus, die es zu berichten gibt. Der Sachverhalt war so - darüber war er ja auch in Kenntnis gesetzt -, dass wir den damaligen Kenntnisstand hatten, dass es sich hier nur um Taliban und deren Verbündete handelt. Das habe ich ja auch beispielsweise in dem *Bild-am-Sonntag*-Interview, das Sie vorhin noch einmal zitiert haben, gesagt, dass das mein derzeitiger Kenntnisstand war. Und das war er damals. Das heißt, ich rede jetzt von dem Samstag, als ich es abgezeichnet habe. Natürlich ist es am Sonntag erst erschienen; das ist wahr. Aber Sie kennen die Praxis, wie das läuft. Und am Sonntag, als die *Washington Post* kam und das erste Mal dort auch öffentlich dann in der Diktion von zivilen Opfern gesprochen wurde, habe ich ja auch sofort selbst von zivilen Opfern gesprochen. Das habe ich Ihnen gerade gesagt.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Ich gebe jetzt das Wort der FDP-Fraktion.

Joachim Spatz (FDP): Herr Kollege Jung, wie ist das denn normalerweise organisiert bei einem Anlass dieser Art, Presseveröffentlichungen ins Internet zu stellen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Darum habe ich mich im Einzelnen nicht gekümmert. Das war Aufgabe des Presse- und Informationsstabes. Die haben über unser Internet die entsprechenden Dinge dort veröffentlicht. Aber was dort im Einzelnen stand oder was im Grunde genommen wo formuliert worden ist, war in der Verantwortung des Presse- und Informationsstabes.

Joachim Spatz (FDP): Also es konnte sein, dass ungeprüfte Informationen, also durch Sie oder die politische Leitung des Hauses ungeprüfte Informationen, über einen so schwerwiegenden Tatbestand in eine offizielle Verlautbarung gelangen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe keine Internetinformation des Presse- und Informationsstabes abgezeichnet.

Joachim Spatz (FDP): Ist Ihnen bekannt, dass in den ersten Stellungnahmen Ihres damaligen Hauses eben behauptet wird, es sind keine zivilen Opfer zu verzeichnen gewesen, am Morgen, nämlich ca. 6 Uhr, des 04.09.?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja. Das war ja auch unser Informationsstand. Das habe ich ja gerade vorgetragen.

Joachim Spatz (FDP): Aber die Information an die Öffentlichkeit weitergegeben, das hat jemand anders, ohne Sie in Kenntnis zu setzen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung. Ich habe mit Herrn Dr. Raabe, der mit mir unterwegs war, darüber gesprochen, der hat auch mit seinem Vertreter gesprochen, und der Vertreter hat das in der Bundespressekonferenz dann auch gesagt.

Joachim Spatz (FDP): Ich sprach jetzt von den Informationen, die gegen 6 Uhr früh - 6 Uhr früh, nicht Bundespressekonferenz - eben im Internet gestanden haben.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das hat dann unmittelbar der Presse- und Informationsstab veranlasst aufgrund der Informationen, die er bekommen hat. Ich gehe davon aus, dass er die dann vom Einsatzführungsstab bekommen hat. Das entsprach aber der Information, die ich ja auch bekommen habe. Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass mein Adjutant, der Oberst Braunstein, mich ja auch diesbezüglich so informiert hat.

Joachim Spatz (FDP): Gut. - Ist Ihnen bekannt, dass bereits im Laufe des 04.09. über die militärischen Informationsstränge, dann eben auch ankommend beim Staatssekretär Dr. Wichert und beim Generalinspekteur, erhebliche Zweifel an der Rich-

tigkeit der Ur-Information gewissermaßen bekannt geworden sind?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich Ihnen ja gerade gesagt. Ich habe die Information am 04.09. gehabt, die ich hier wiedergegeben habe. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich am 05.09. auch mit Oberst Klein telefoniert hatte. Da hatte ich aber, wenn Sie so wollen, die Information aus erster Hand; denn ich hatte sie ja von Oberst Klein unmittelbar. Da muss ich darauf verweisen.

Herr Kollege Beck hat zu Recht gefragt. Es ist eigentlich nicht üblich, dass im Grunde genommen ein Minister dann unmittelbar sich sozusagen an den Kommandeur in Kunduz wendet. Aber da die Lage nun wirklich ein Stück, ja, auch einmalig war, hatte ich die Notwendigkeit gesehen, erstens mich zu informieren. Aber für mich war noch ein Stück vorrangig, nachdem diese öffentlichen, ja doch, negativen Stellungnahmen gegenüber Oberst Klein vonseiten der europäischen Außenminister erfolgt waren, ihm deutlich zu sagen, dass der deutsche Verteidigungsminister eindeutig an seiner Seite steht.

Joachim Spatz (FDP): Sind Ihnen Überlegungen bekannt geworden im Laufe des 4. September, die gewissermaßen einen Abwägungsprozess beschreiben, der ungefähr in der Linie lautet: „Wir haben jetzt mal, vorgegeben durch wen auch immer, eine Presselinie vorhanden, und wenn wir jetzt die neuen aufkommenden Zweifel in Umlauf bringen, könnte es sein, dass man den Oberst Klein beschädigt“? Ist Ihnen von einem solchen Abwägungsprozess, von dem andere gesprochen haben hier, etwas bekannt geworden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Joachim Spatz (FDP): Sie waren damit also nicht befasst?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Richtig.

Joachim Spatz (FDP): Dann zum Feldjägerbericht. Sie haben ja das bestätigt, dass auch andere schon hier sagten, dass man auf die NATO-Ebene hinsichtlich des Berichts setzt. Ist Ihnen bekannt gewesen zum Zeitpunkt, wo Sie das mit - davon gehe ich mal aus - dem Generalinspekteur diskutiert

haben, dass zu diesem Zeitpunkt bereits die Recherchen, sage ich mal, der Feldjäger vor Ort durch einen Verantwortlichen vor Ort veranlasst worden waren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Schauen Sie mal, ich habe mit dem Generalinspekteur am 5. Oktober darüber gesprochen. Das ist vier Wochen nach dem Luftschlag. Selbstverständlich waren mir da zwischenzeitlich derartige Dinge alle bekannt.

Joachim Spatz (FDP): Okay. Das heißt, Sie haben damit bewusst eine eigene Untersuchung gestoppt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe keine Untersuchung gestoppt. Ich sage Ihnen, dass wir von Anfang an darüber gesprochen haben, dass wir keine eigene Untersuchung machen, und wenn ich sage „wir“, waren das sowohl der Staatssekretär als auch der Generalinspekteur. Dann habe ich nachher erfahren, hat mir der Generalinspekteur gesagt, dass es dann offensichtlich doch dort eine Untersuchung ja gegeben hat, die er aber auch dann unterbunden hatte, weil wir besprochen haben: Es gibt keine eigene Untersuchung. - Deshalb habe ich mich ja auch so geärgert, dass es die trotzdem gab. Deshalb haben wir dann ja auch gesagt, weil diese Untersuchung eben nicht unbedingt vorteilhaft war, da wir alles auf die NATO konzentriert haben, dass wir diesen Bericht auch der NATO zugänglich machen und den nicht sozusagen unter den Tisch fallen lassen.

Joachim Spatz (FDP): Okay. - Dann zum Thema Amtsübergabe. Sie sagten ja, dass Sie im Wesentlichen darauf verwiesen haben, dass der COMISAF-Bericht unmittelbar bevorsteht. Haben Sie gegenüber dem neuen Verteidigungsminister von der Existenz der anderen fünf Berichte, die Sie vorhin erwähnten, etwas gesagt oder nicht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich denke, Herr Kollege, das habe ich schon beantwortet. Nein, ich habe nicht konkret auf irgendwelche Berichte Bezug genommen.

Joachim Spatz (FDP): Gut. Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen.

Hellmut Königshaus (FDP): Eine Frage würde ich gerne noch anschließen, Herr Minister. Heute wird ja über *Spiegel online* berichtet, es habe dort schon sehr früh zusätzliche Informationsquellen durch nicht militärische Informationsstränge gegeben. Ist Ihnen darüber etwas bekannt geworden im Hause, im BMVg?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Das habe ich heute auch über *Spiegel online* zur Kenntnis genommen.

Hellmut Königshaus (FDP): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Susanne Kastner: Jetzt komm die Fraktion Die Linke.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Jung, ich möchte hinten noch mal anfangen, also bei der Amtsübergabe. Gibt es denn dazu, wenn es dieses Gespräch - - Sie haben ja gesagt, das ist ein Vier-Augen-Gespräch. Erste Frage ist: Wird das begleitet auch durch ein Briefing des neuen Amtsträgers, durch den Generalinspekteur, durch den Staatssekretär, oder ist das der einzige Punkt, an dem diese Amtsübergabe stattfindet, also dieses Vier-Augen-Gespräch?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Das erfolgt immer im Verteidigungsministerium ganz perfekt. Das heißt im Klartext: Der neue Minister wird - das habe ich alles auch unmittelbar miterlebt - selbstverständlich zunächst durch den Generalinspekteur in die Gesamtlage eingewiesen. Dann wird er auch von den einzelnen Inspektoren noch einmal in die konkrete Situation eingewiesen bis zu den einzelnen, wie gesagt, auch anderen zivilen Abteilungen. Also hier erfolgt eine sehr gute Einweisung, muss ich sagen, und deshalb war das nicht das Thema, über das wir uns unterhalten haben.

Wir haben uns nur allgemein über die bevorstehenden Aufgaben unterhalten. Ich habe ihm noch einmal gesagt - - Da ich nun selbst für die CDU/CSU die Koalitionsrunde dort verantwortet habe, habe ich mit ihm darüber, was jetzt sozusagen auch daraus an Konsequenzen für das Verteidigungsministerium in Betracht kommt, vorrangig gesprochen, über die Einsatzsituation, ich kann mich erinnern, auch über das Thema A400M,

das ja im Schwange war, was ja nicht so ganz einfach war unter dem Aspekt meiner Position des „Pacta sunt servanda“, und dann haben wir über den Punkt gesprochen, wie ich gerade gesagt habe, dass der NATO-Untersuchungsbericht kommt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke. - Wird denn dieses Gespräch in irgendeiner Weise protokolliert, aktenkundig gemacht? Gibt es dazu Unterlagen, oder ist das sozusagen nur etwas, was gewissermaßen freihändig stattfindet?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nicht freihändig, aber sehr persönlich, Herr Kollege. Das war ein persönliches Gespräch.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also gibt es in diesem Zusammenhang dieser Amtsübergabe überhaupt nichts, was dokumentiert wird, protokolliert wird? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aber langsam! Die normale Amtsübergabe ist dann - - Wir waren ja vereidigt am Nachmittag, also am nächsten Tag, und dann war ja abends die offizielle Amtsübergabe mit einer entsprechenden Rede im Verteidigungsministerium, wo auch der eine oder andere, der hier ist, mit dabei war, und dann der Große Zapfenstreich. Das ist die offizielle Amtsübergabe im Verteidigungsministerium. Wir haben uns nur vorher persönlich noch einmal über die jetzt auch auf ihn zukommenden Aufgaben unterhalten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Dann gehe ich in der Chronologie zurück. Sie haben gesagt, am 21.10. haben Sie an die Staatsanwaltschaft Dresden geschrieben wegen der Diskussion über ein Ermittlungsverfahren, das eingeleitet wird, und hätten dort mitgeteilt, dass Ihrer Auffassung nach Oberst Klein sich korrekt verhalten hat, dass es keinerlei Verstöße gegen Völkerrecht, gegen Gesetz gibt. Auf welcher Grundlage haben Sie denn dieses Votum abgegeben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe gesagt - da müssen wir schon exakt sein -, dass ich der Meinung sei, dass er sich grundsätzlich im Rahmen des Mandats des Deutschen Bundestages verhalten habe. Sie wissen ja selbst, da Sie Mitglied im Verteidi-

gungsausschuss waren, dass wir auch im Hinblick auf die Taschenkarte längere Diskussionen hatten, die wir ja auch vorher noch konkretisiert haben. Ich habe aber dann auch gesagt - da hat mir natürlich mein juristischer Sachverstand ein bisschen geholfen -, dass ich hilfsweise vorgetragen habe, es liegen die Grundsätze des humanitären Völkerrechts vor, sodass aus meiner Sicht hier kein Ermittlungsverfahren in Betracht kommen kann.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben das persönlich verfasst. Sie hatten jetzt keine Vorlage, sagen wir, durch das Einsatzführungskommando, oder Rechtsberatung, aufgrund dessen Sie dann dieses Schreiben verfasst haben? Wie muss man das verstehen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Da gab es natürlich eine Vorlage. Aber ich habe dort meinen Sachverstand eingebracht.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Haben Sie sich schon vor diesem Datum - - Aber der COMISAF-Bericht lag Ihnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, der sich ja auch mit der Frage Regelverletzung beschäftigen wollte, sollte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung. Ich habe Ihnen das Datum genannt. Das war der 21.10. Nein, da lag der COMISAF-Bericht nicht vor.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Der lag Ihnen also nicht vor. Gut. - Haben Sie sich denn vorher in dieser Angelegenheit schon einmal geäußert, positioniert, was also die mögliche Strafbarkeit oder den Verdacht einer Strafbarkeit eines Bundeswehrsoldaten anbetrifft?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kann ich jetzt nicht definitiv sagen. Das schließe ich aber nicht aus; denn mir war es auch immer ein Anliegen, dass wir hier zu einer Veränderung kommen, weil ich der Meinung war, dass wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft bilden sollten, die hier kompetent zu diesen Fragen Stellung nehmen kann. Ich habe ein großes Problem darin gesehen. Wir hatten ja den einen Fall, wo über neun Monate ermittelt worden ist. Ich hatte mit den Soldaten selbst in Afghanistan gesprochen.

Ich habe diese Belastung gespürt, die sie durch dieses Verfahren hier vergegenwärtigt haben. Es ist ja dann nachher das Verfahren auch eingestellt worden.

Aber, wissen Sie, das war meines Erachtens alles nicht sachgerecht, und deshalb war und bin ich der Auffassung, dass es klug wäre, über eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft hier zu einer Veränderung zu kommen, weil ich der Meinung bin, dass in solchen Fragen hier keine Ermittlungsverfahren angebracht sind.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr Dr. Jung, jetzt geht es aber um den konkreten Vorfall 04.09. Inwieweit konnten Sie denn die Möglichkeit einer strafbaren Handlung kategorisch ausschließen?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):
Einspruch!)

- Nanu. - Es geht darum, welche Anhaltspunkte Sie also gesehen haben, um das auszuschließen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Es geht hier um ein Ermittlungsverfahren gegen einen Dritten, und Ermittlungsverfahren pflegen nicht öffentlich zu sein. Deswegen beantrage ich, die Sitzung für die Beantwortung dieser Frage VS-NfD einzustufen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, würden Sie die Frage zurückstellen, bis wir geheim tagen?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, ja. Gut.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann bedanke ich mich, und Sie können fortfahren.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Jung, spielt ja die Frage eine Rolle: Taliban, Zivilisten, Beteiligte, Unbeteiligte? Hat es bei Ihnen, in Ihrem Stab, im Gespräch mit Herrn Dr. Wichert, Herrn Schneiderhan, darüber eine ausführliche Auseinandersetzung gegeben, und zu welchem Schluss sind Sie ge-

kommen bezogen auf den Vorfall des 04.09.?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Auseinandersetzung nicht, aber wir haben - ich habe Ihnen das ja gerade gesagt - am Abend des 06.09., als ich mit dem Generalinspekteur telefoniert habe, gesagt: Wir können jetzt nicht mehr ausschließen, dass es nicht auch zivile Opfer gegeben hat. - Deshalb habe ich ja auch am Sonntag, als ich Gelegenheit hatte, das vor der Presse zu sagen, genau das gesagt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): War denn das nach Ihrer Meinung so, dass von den Menschen, die auf der Sandbank waren, unmittelbar eine feindselige Handlung gegen ISAF-Kräfte vorgenommen wurde, dass sie an einer solchen unmittelbaren Feindseligkeit beteiligt waren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wissen Sie, das Bild war doch ein ganz anderes. Das Bild war doch - ich habe Ihnen das doch gerade gesagt -: Acht Tage vorher ging ein Tanklastwagen in die Luft in Kabul mit 40 Toten und 60 Verletzten. Jetzt sind zwei Tanklastwagen entführt, der Fahrer umgebracht. Wir hatten vorher diese Drohungen und Warnungen und die Gefahrensituation für unsere Soldaten, die dort bestanden hat. Das war doch das Bild.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt übergebe ich Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Jung, Sie haben vorhin gesagt, der Feldjägerbericht sei nicht vorteilhaft gewesen. Was haben Sie damit gemeint?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Herr Kollege, ich bin darauf hingewiesen worden, dass ich im Detail dazu nicht Stellung nehmen kann, und deshalb würde ich darum bitten, dass wir, wenn Sie im Detail dazu eine Frage haben, das unter Geheim erörtern.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auch gesagt, dass er, verglichen oder abgestuft zum JIB Report der NATO, nicht relevant gewesen sei. Wenn es nicht relevant ist, warum ist es unvorteilhaft?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da habe ich mich nur bezogen - warten Sie mal; das habe ich sogar dabei - auf einen Bericht, der stand in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Dort wird berichtet, dass aus einer schriftlichen Stellungnahme unseres Rechtsberaters, Herrn V■■■■, hervorgehe, dass im Grunde genommen die NATO diesen Bericht für offenbar bedeutungslos gehalten und ihn auch deshalb vernichtet habe.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese Erkenntnisse hatten Sie bereits am 5. Oktober, und am 7. Oktober haben Sie die der NATO weitergegeben im Wissen, dass dieser Bericht keine große Relevanz hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Die Erkenntnisse hatte ich nicht am 5. Oktober. Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass mich am 5. Oktober der Generalinspekteur informiert hat über den Bericht, auch gesagt hat, dass er - ich sage es jetzt mal allgemein - nicht vorteilhaft für unsere Soldaten war, und dass ich mich auch noch darüber geärgert habe, dass es ihn überhaupt gibt, und dass ich aber dann gemeinsam mit dem Generalinspekteur der Meinung war, wir können den nicht unter den Tisch fallen lassen - wenn ich ihn als bedeutungslos angesehen hätte, hätten wir das ja sagen können -, sondern dass ich gesagt habe: „Nein, wir geben den der NATO“, und die NATO hat das dann nachher - so wird berichtet; ich war nicht dabei - so beurteilt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben am 26. November im Deutschen Bundestag oder im Plenum dem Deutschen Bundestag gesagt, dass Sie den Bericht nicht gelesen hätten.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Richtig.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie ihn bis heute weiterhin nicht gelesen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung. Ich habe damals gesagt, dass ich ihn damals nicht gelesen habe. Ich habe nachher in den Unterlagen ihn gesehen und habe ihn auch dann gelesen. Aber damals, an diesem Tag, am 5. Oktober, hat mich der Generalinspekteur inhaltlich davon informiert.

Ich sage Ihnen noch einmal: Das war alles vier Wochen her. Damals ging es um die Frage, dass wir den Bericht der NATO geben. Das habe ich Ihnen gerade dargestellt. Aber er hatte ihn auch nicht dabei. Ich habe ihn nicht inhaltlich gelesen. Wir haben nur darüber gesprochen. Ich kannte den Inhalt, wenn Sie so wollen, aber gelesen expressis verbis habe ich ihn nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Urteil des Generalinspektors würden Sie heute, nachdem Sie den Bericht gelesen haben, noch weiterhin teilen? Sie fühlen sich auch dementsprechend gut beraten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Richtig.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt, dass spätestens am 6. November [sic!] abends klar war, dass man nicht mehr zivile Opfer ausschließen könne. Warum hat Staatssekretär Schmidt am 7. November [sic!] auf der Regierungspressekonferenz dann gesagt: „Bezüglich der zivilen Opfer gilt weiterhin das, was wir auch am Wochenende gesagt haben. Wir haben bis zum jetzigen Zeitpunkt keine konsolidierten Erkenntnisse über getötete zivile Personen“? - Darüber hinaus hat er gesagt: Es gibt eine weitere Quelle, über die wir nicht reden.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich weiß jetzt nicht, was der Staatssekretär gesagt hat. Da bitte ich um Nachsicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es Ihnen vorgelesen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe am 6. Oktober [sic!] - das habe ich Ihnen gerade gesagt -, am Sonntagmittag, bereits von zivilen Opfern gesprochen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hören das gerade das erste Mal, was ich sage, was Ihr Staatssekretär am Tag danach dann auf der Regierungspressekonferenz gesagt hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie haben einen Vorhalt gemacht. Ich bitte, die Urkunde dem Zeugen vorzulegen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt keine Urkunde über Regierungspressekonferenzen, und ich zitiere aus Regierungspressekonferenzen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Da gibt es ein Protokoll.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kaufen Sie sich eine Zeitung! Lesen Sie nach!

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Da gibt es ein Protokoll.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, das ist absurd.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Kauder, ich denke, aus öffentlichen Meldungen hat der Kollege Nouripour korrekt vorgelesen, also weiß der Zeuge alles das, was er wissen muss.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Aus was hat er denn vorgelesen? Darf ich das auch wissen?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind Äußerungen, die auf einer Pressekonferenz gefallen sind.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Woraus haben Sie denn vorgelesen?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe aus den mitgeschriebenen Notizen von Leuten von uns, die auf dieser Pressekonferenz waren, vorgelesen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Dann müssen Sie das auch so wiedergeben, dass Sie aus Mitschriften von Dritten dem Zeugen etwas vorhalten.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist absurd. Es tut mir leid.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie können nicht aus eigenem Wissen vorhalten.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir nicht aus öffentlichen Unterlagen lesen können, dann ist es kein Wunder, dass wir Geheim nicht umgehen können.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Nouripour, stellen Sie bitte Ihre nächste Frage.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Besuch von Admiral Stavridis am 15. Oktober, ging es da um die Tonalität im bevorstehenden JIB Report, in den Gesprächen, die Sie mit ihm hatten?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe mit General Stavridis mich allgemein über die Gesamtsituation unterhalten, natürlich auch über die Lage in Afghanistan, auch, dass sich dort für uns die Situation verschärft hat. Er hat noch einmal sehr deutlich unterstrichen, wie dankbar er ist für den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten, was sie dort leisten. Wir haben insbesondere auch über die aus meiner Sicht immer noch nicht optimale Umsetzung der vernetzten Sicherheit gesprochen. Hier sitzt ja jemand, der da Zeuge ist. Das habe ich mir immer besser gewünscht. Wir haben auch über die Gesamtlage gesprochen, auch über den Luftschlag. Ich habe ihm auch damals gesagt, dass ich mich gewundert habe, dass General McChrystal allein einen Journalisten der *Washington Post* dort mitgenommen hat, usw.

Also, wir haben über die Gesamtsituation gesprochen, aber wir haben natürlich gesagt: Wir müssen jetzt abwarten, was konkret die NATO-Untersuchung bringt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie einen Wunsch - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Moment, Herr Kollege Nouripour. - Der Herr Kollege Hahn zur Geschäftsordnung.

Florian Hahn (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich möchte Sie bitten, dass Sie den

Kollegen Nouripour darauf hinweisen, dass wir hier untereinander, unter Kollegen und auch anderen gegenüber, in diesem Ausschuss nicht den Vogel zeigen. So kann man hier nicht miteinander umgehen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Das habe ich leider nicht gesehen. Aber, Herr Kollege Nouripour, ich bitte Sie schon, das zu unterlassen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie mich erwischen, werde ich mich entschuldigen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Nein, Frau Vorsitzende, so einfach ist das nicht. Der Kollege Nouripour möge bitte zeigen, wem er den Vogel gezeigt hat.

(Heiterkeit)

Dann kann er sich für diese Beleidigung entschuldigen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Kauder, ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen. Ihnen habe ich den Vogel nämlich gezeigt.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Genau das wollte ich hören.

(Heiterkeit)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir gedacht.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Benehmen Sie sich anständig! - Frau Vorsitzende, ich bitte darauf hinzuweisen, dass es kein Anlass ist, sich über Dritte lustig zu machen, wenn einer sich nicht zu benehmen weiß.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut. - Herr Kollege Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Jung, haben Sie in diesem Zusammenhang den Wunsch geäußert, dass der Bericht keine Vorverurteilung treffen möge?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich habe keinen Wunsch zum Bericht geäußert.

Das war auch nicht die Aufgabe des SACEUR, des Berichtes; denn die Untersuchungskommission - das habe ich Ihnen gerade gesagt: der Chef der Untersuchungskommission war General Sullivan - war international zusammengesetzt. Von uns war der Rechtsberater V■■■ dabei. Ich habe aber auch in der gesamten Zwischenzeit nicht beispielsweise mit Herrn V■■■ gesprochen. Mit General Stavridis habe ich allgemein über diese Lage gesprochen, wie ich es gerade geschildert habe, aber nicht mit einer solchen Diktion, wie Sie es gerade unterstellt haben.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie über den Zeitpunkt, wann der Bericht kommen soll, mit ihm gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich erinnere nur, dass - - Wir hatten in etwa ja eine Information - jetzt muss ich wieder vorsichtig sein -, wann der Bericht fertig sein sollte. Das hat schon der Generalinspekteur mitgebracht, als er in Afghanistan war. Und von daher war das nichts Neues.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es ist Zufall, dass in dem Augenblick, in dem Sie vorne mit den Feldjägern nach Hause geschickt werden, hinten der JIB Report kommt, was ja faktisch so war?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Jetzt muss ich Ihnen sagen: Jetzt sind Sie auf dem falschen Dampfer, wenn ich das richtig sehe. Ich habe Ihnen gerade gesagt: Am 5. Oktober haben wir darüber gesprochen, am 7. Oktober ist der Bericht zur NATO gegangen, und der NATO-Bericht selbst kam -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wann denn?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: - nach meiner Amtszeit.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in der Nacht des Zapfenstreichs. Das ist so.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Bitte?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bericht kam in der Nacht Ihres Zapfenstreichs.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, gut.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nur wissen, ob es Zufall ist aus Ihrer Sicht.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Was soll Zufall sein?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass in dem Augenblick, in dem Ihr Zapfenstreich stattfindet, gleichzeitig der Bericht kommt.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen doch gerade gesagt: Ich hatte mit General Wieker abgesprochen, dass er veranlasst, dass, wenn der Bericht fertig ist - denn er war der Chef des Stabes in Afghanistan -, wir ihn unmittelbar bekommen. So. Ende. Ich weiß gar nicht, wann er konkret kam. Nur, ich weiß eines, dass er in meiner Amtszeit nicht kam. Das weiß ich.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollte ich hören.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage jetzt in die Runde, ob noch eine öffentliche Befragungsrunde erwünscht ist. - Ja. Dann gebe ich der CDU/CSU das Wort.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Jung, ich habe im Kontext der Unterrichtung und der Beurteilung von Informationen und deren Strängen ins Ministerium noch mal eine Nachfrage. Und zwar hat unsere Befragung, auch in den letzten Anhörungstagen, ergeben, dass eigentlich bereits am 04. über die verschiedensten Informationswege hier in Berlin zumindest der Eindruck bestand, dass es zivile Opfer gegeben haben könnte. Nun frage ich Sie also einfach: Wie kann es sein, dass praktisch über mindestens drei bis vier Tage hinweg eigentlich eine Presselinie aufrechterhalten wurde, die eher dazu neigte, diese Opfer auszuschließen? Ich frage das einfach vor dem Hintergrund, ob das Ministerium nach Ihrer Einschätzung für solche Fälle richtig aufgestellt ist oder ob es hier ein persönliches Fehlverhalten gab, dass von ir-

gendeiner Stelle eben einfach die vorhandenen Richtlinien, die vorhandenen Meldewege, die vorhandene Kommunikation nicht richtig ausgelegt wurden.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich denke, dass die vorhandenen Meldewege - die haben wir ja sogar, wenn Sie so wollen, im Hinblick auf das Ministerium verbessert durch den Einsatzführungsstab; denn den gab es ja nicht -, über das Einsatzführungskommando, dann zum Einsatzführungsstab, dann, wie ich es Ihnen ja gerade dargestellt habe, über den Generalinspekteur und den Staatssekretär zu mir, aus meiner Sicht durchaus richtig strukturiert sind. Was es dort an einzelnen Diskussionen wo gab, das kann ich jetzt nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich diese Informationen hatte, die ich hatte, und dann am 05. ja nun aus erster Hand, wenn Sie so wollen, nicht mehr über den Einsatzführungsstab, sondern von Oberst Klein selbst, ja die Information bekommen habe, die ich Ihnen gerade gesagt habe, und wo er auch noch durch, wenn Sie so wollen, Indizien mir gesagt hat, warum er zu der Überzeugung kam, dass es im Grunde genommen in der damaligen Situation nur Taliban waren, und dass das auch dann noch gestützt wurde nachher - das war am Tag später -, wie gesagt, durch diesen afghanischen Bericht. Das war ja auch nicht nur der Gouverneur.

Aber dann kam ja, wie gesagt, die *Washington Post*, und dann kamen Dinge doch in eine andere Richtung, sodass ich am Sonntagmittag mich ja auch veranlasst gesehen habe, von zivilen Opfern zu sprechen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Um das noch mal wirklich klarzustellen, denn wir hatten ja in unserer Untersuchung auch einen Teil 4, wo wir gesagt haben: Welche Schlussfolgerung sollen wir daraus ziehen? Habe ich Sie richtig verstanden, dass die jetzige Organisation auch für diese Fälle richtig aufgestellt ist, auch über Einsatzführungsstab, Einsatzführungskommando, Rolle der Presseabteilung und Rolle im Grunde derjenigen, die im Ministerium eigentlich vor Ort sind, wenn solche Dinge einkehren? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Der Meinung bin ich, ja. Und ich füge auch eines hinzu: Wir haben immer versucht, auch wenn

dann teilweise manchmal unterschiedliche Meldungen kamen, dann im Grunde genommen zu weiteren entsprechenden Ergebnissen zu kommen, auch bei Informationen gegenüber dem Parlament, wenn wir einigermaßen sicher waren. Ich kann mich an Situationen erinnern, wo es hieß, es sind, ich sage jetzt mal, fünf Soldaten verwundet, nachher waren es nur drei, oder andere Veränderungen. Da lief pressemäßig schon eine ganz andere Botschaft, als es nachher die Realität war. Von daher ist das erst über das Einsatzführungskommando, dann über den Einsatzführungsstab abgestimmt worden, bis es nachher sozusagen den Minister erreicht hat.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Es ist also damit im Grunde sichergestellt, dass Ihnen keine relevanten Informationen vorenthalten werden konnten oder vorenthalten wurden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Danke schön.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich will noch mal auf den Feldjägerbericht zurückkommen. Der Feldjäger, der vor Ort ermittelt hat, war ja als Provost Marshal eingesetzt, und Anfang September ist dann diese Untersuchung gestoppt worden. Das hat der Generalinspekteur hier auch bestätigt. Meine Frage ist: Hat er Sie denn darüber informiert, dass diese Untersuchung, die bereits lief, die nicht aus Berlin initiiert war, sondern durch einen General vor Ort eingesetzt worden ist, gestoppt wurde?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Als wir darüber gesprochen haben - wie gesagt, am 5. Oktober - und ich mich dann auch etwas aufgeregt habe im Hinblick auf die Tatsache, dass es überhaupt so was gibt, hat er mir dann schon gesagt, dass offensichtlich vorher - ich sage es jetzt aus dem Kopf - über General Vollmer diese Untersuchung dann auch mit veranlasst wurde, der natürlich nicht davon unterrichtet war, unmittelbar, direkt von unserem Gespräch, das wir danach geführt haben - wir machen keine eigene Untersuchung -, und als er dann vor Ort war und das festgestellt hat, dann diese Untersu-

chung auch beendet hat; denn wir hatten ja was anderes vereinbart.

Michael Brand (CDU/CSU): Hat Generalinspekteur Schneiderhan Sie Anfang Oktober oder Anfang September informiert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, nein. Wir haben über den Feldjägerbericht Anfang Oktober gesprochen, an diesem 5. Oktober.

Michael Brand (CDU/CSU): Dann würde ich gerne aus der Vernehmung - öffentliches Protokoll - von Generalinspekteur Schneiderhan, Seite 30, zitieren. Es geht genau um diesen Zeitpunkt Anfang September. Dort sagt der Zeuge Schneiderhan - ich zitiere das -, Seite 30:

Es war eine gemeinsame Entscheidung, gebilligt vom Minister, und ich habe es beim Einsatzführungskommando als Anordnung abgegeben. Und der hat das dann runterübersetzt zu Vollmer, wenn ich das richtig verfolgt habe.

Mich würde interessieren, wie der Generalinspekteur dazu kommt, zu behaupten, dass er Sie Anfang September informiert habe.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung. Ich habe es jetzt nicht direkt vorliegen. Vielleicht müssen Sie es mir noch mal direkter zeigen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Aber ich habe Sie jetzt so verstanden. Ich kann, glaube ich, trotzdem die Frage beantworten. Wir haben das gemeinsam so besprochen - das habe ich jetzt mehrfach gesagt -, sowohl Staatssekretär als auch Generalinspekteur, und dies hat dann der Generalinspekteur entsprechend umgesetzt.

Michael Brand (CDU/CSU): Aber Anfang Oktober, nicht, wie hier beschrieben, Anfang September.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, klar hat er es, im Grunde genommen - - Wir haben Anfang September darüber gesprochen. Völlig klar. Ich habe ja gerade gesagt, nach dem Bericht, nachdem ich mit McChrystal gesprochen habe, haben wir dann darüber gesprochen und haben gesagt: Wir machen keine eigene Untersuchung, sondern wir

unterstützen die NATO-Untersuchung. - Und das war Anfang September. Jawohl, das ist richtig. Aber über den Feldjägerbericht als solches haben wir dann erst am 5. Oktober gesprochen.

Michael Brand (CDU/CSU): Danke.

Florian Hahn (CDU/CSU): Herr Kollege Jung, mich würde auch noch ein Detail zum Feldjägerbericht interessieren. Wussten Sie denn, dass der Feldjägerbericht dem GI bereits seit 14. September vorlag, also fast drei Wochen bevor er mit Ihnen mit dem Hinweis „nicht vorteilhaft“ das erste Mal darüber gesprochen hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich erst später erfahren. Ich habe aber auch in meiner Einlassung - ich gucke gerade noch mal - vor dem Parlament, wenn ich es richtig weiß, nachdem ich in die Akte geschaut habe,

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

etwas gesagt, wann der Bericht wo erarbeitet worden ist und wo er eingegangen ist. Wenn ich es richtig jetzt aus dem Kopf sage, war das damals der 09., als er weg ist in Masar-i-Scharif, und dann ist er, glaube ich, am 14. bei uns eingegangen. So habe ich das im Kopf. Aber Sie haben wahrscheinlich die exakteren Daten.

Florian Hahn (CDU/CSU): Hat denn der Generalinspekteur bei diesem Gespräch über den Feldjägerbericht am 5. Oktober Ihnen mitgeteilt, dass die NATO diesen Bericht bereits am 30. September, also doch einige Tage vorher, angefordert hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein; denn sonst hätte ich ja nicht darüber gesprochen, ob wir den jetzt weitergeben oder nicht weitergeben. Das war ja gerade Diskussions-thema.

Florian Hahn (CDU/CSU): Ja. Ich wollte das nur eben noch mal feststellen. Eigentlich hätte ja der Bericht nach Eingang vielleicht sofort übergeben werden müssen, am 14. September, und nicht erst drei Wochen später, nachdem die NATO selber ihn angefordert hat. Würden Sie dem zustimmen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aber wenn ich es richtig sehe, ist der am 14. September dem Einsatzführungsstab zugeleitet worden. So habe ich damals das gesagt, auch gegenüber dem Parlament, als ich da in die Akte geschaut hatte. Aber, wie gesagt, mir waren diese Daten zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt.

Florian Hahn (CDU/CSU): Das war es von unserer Seite.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Arnold (SPD): Herr Dr. Jung, Sie sprachen vorhin in Bezug auf die Amtsübergabe an Ihren Nachfolger von „expressis verbis“ - auch wenn ich nicht Lateinisch kann -, „in ausdrücklichen Worten“ wäre nicht über diese zusätzlichen Berichte gesprochen worden. Das heißt ja dann wohl, dass zwar nicht ausdrücklich, aber dass über die drei anderen Berichte eben schon gesprochen wurde. Wie kann ich das interpretieren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das können Sie so interpretieren, dass ich auch damals gesagt habe, natürlich war am Anfang diese Information von Oberst Klein so da, wie ich es Ihnen geschildert habe, aber danach kamen andere Berichte von *Washington Post* bis zu - - die eben auch von zivilen Opfern gesprochen haben, aber dass ich auch noch einmal sehr deutlich gemacht habe, dass es uns darum ging, sozusagen nicht jetzt einseitig etwas zu machen, sondern dass alles jetzt entscheidend darauf ankam, was die NATO in Ihrer Untersuchung ermittelt.

Rainer Arnold (SPD): Entschuldigung. Wenn ich mich recht erinnere, bezog sich Ihr „expressis verbis“ auf die Frage Feldjägerbericht.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dass ich im Rahmen - -

Rainer Arnold (SPD): Jetzt ist die Frage: Haben Sie über Berichte, die es zusätzlich gibt, jenseits der Presse, mit Ihrem Nachfolger gesprochen, nicht in ausdrücklichen Worten, aber vielleicht anders?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass ich über

den Feldjägerbericht - so habe ich es auch gesagt - expressis verbis nicht mit ihm gesprochen habe, sondern dass ich nur allgemein über die Frage der unterschiedlichen Information gesprochen habe.

Rainer Arnold (SPD): Okay. - Dann haben wir aus den Akten und aus den Zeugenvernehmungen im Grunde genommen, dass es bereits am Vormittag des 04. ein verdichtetes Bild gegeben hat, dass zivile Opfer nicht auszuschließen sind. Der Generalinspekteur hat hier sinngemäß gesagt, dass er Ihnen zu einem vorsichtigen Wording diesbezüglich geraten hat. Ist dem so?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Am 6. September, wie ich das gesagt habe.

Rainer Arnold (SPD): Der Generalinspekteur sagt, bereits beim ersten Gespräch hätte er Ihnen den Rat gegeben, vorsichtig zu sein.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wie gesagt, ich habe Ihnen ja gerade gesagt, was unsere erste Meldungslage war. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich dann die Information aus erster Hand von Oberst Klein hatte, und ich habe Ihnen dann gesagt, wie sich die Situation verändert hat und ich mich darauf eingelassen habe. Und ich weiß sehr genau, dass wir am 6. September am Abend darüber noch gesprochen haben und ich ihm auch gesagt habe: Ich habe mich sogar heute Nachmittag schon anders eingelassen.

Rainer Arnold (SPD): Aber Herr Minister, wir könnten unter Geheim natürlich die gesamte Meldelage des Tages vom 04. miteinander durchsprechen. Da ist sichtbar, dass von vielen Seiten Informationen kamen, ich sage mal, noch vorsichtig: Zivile Opfer kann man nicht ausschließen. Ist diese Information am 04. nicht zu Ihnen gelangt, dass zivile Opfer nicht auszuschließen sind?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Nicht zu Ihnen gelangt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Der Generalinspekteur hat auch gesagt, auf die Frage, ob

Sie ihm erklärt haben, wie Sie zu Ihrer Festigkeit in der Bewertung gekommen sind, dass es keine zivilen Opfer gegeben hat, ja, Sie hätten ihm das erklärt. Können Sie uns das erklären?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sage ja gerade, ich hatte ja mit Oberst Klein gesprochen, und ich habe Ihnen gerade auch die ganzen Indizien gesagt, die Oberst Klein mir vorgetragen hat.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie Oberst Klein - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war der Punkt, worüber ich mit dem Generalinspekteur gesprochen habe.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie Oberst Klein auch mal gefragt, woher er seine Information hat, dass er so sicher ist?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich getan. Das ist aber hier unter Geheim gestellt worden. Das kann ich im Detail sagen.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie dann nicht irgendwo mal eine Einordnung vorgenommen, dass, wenn eine Nachrichtenlage entsteht, die - ich darf jetzt nicht über die Dinge reden, die in ... (akustisch unverständlich) in den Protokollen stehen - in der Weltpresse sich bereits verdichtet, Sie dann gewichten: „Oberst Klein ist die Information, der man zu 100 Prozent vertraut, und die anderen stehen alle infrage“? Haben Sie da mal reflektiert, dass Oberst Klein selbstverständlich auch das Risiko hat, dass er ein Beschuldigter sein kann und selbstverständlich das gute Recht hat, die Dinge so darzustellen, dass es ihm nicht zum Schaden gereicht? War das mal ein Thema, auch in der Reflexion mit Ihren zuständigen Beratern?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das war es nicht. Und ich muss Ihnen auch mal ganz ehrlich sagen: Ich hatte keinen Anlass, dass ich hier dem, was mir Oberst Klein sagt, keinen Glauben schenken konnte.

Rainer Arnold (SPD): Okay. - Wann ist Ihnen zum ersten Mal bekannt geworden, dass die Tanklastzüge festsaßen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war doch in der Meldungslage klar, dass die auf dieser Sandbank dort waren und dass versucht worden ist von den Taliban, die wieder freizubekommen.

Rainer Arnold (SPD): Meine Frage war: Wann ist die Meldung bei Ihnen angekommen, dass sie festsaßen? Man muss ja nicht in einer Sandbank festsitzen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Frau Vorsitzende, das bezieht sich jetzt auf Inhalte von Meldungen, die nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden dürfen.

Rainer Arnold (SPD): Wir können das auch in einer öffentlichen Sitzung machen. Das ist kein Problem; dann eben eine öffentliche, und ich frage dann einfach anders: Wie eng war an diesen Tagen Ihr Büroleiter Malte Krause in den Informationsfluss einbezogen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich bin selbstverständlich auch über Herrn Krause dort über entsprechende Informationen noch versorgt worden.

Rainer Arnold (SPD): Das ist schon klar.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich war ja unterwegs. Ich war ja nicht im Büro.

Rainer Arnold (SPD): Das ist schon klar. Aber kann man sagen, er war in die Informationsprozesse einbezogen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich gehe davon aus, dass er im Wesentlichen darin einbezogen war. Ja.

Rainer Arnold (SPD): Gab es Abstimmungsprozesse - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Bitte, ich kann das jetzt nicht aus meinem Wissen sagen. Da müssen Sie ihn fragen.

Rainer Arnold (SPD): Okay. - Gab es Abstimmungsprozesse in Ihrem Planungstab, in Ihrem Pressestab, wie man öffentlich kommuniziert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das weiß ich nicht.

Rainer Arnold (SPD): Ist mit Ihnen nicht darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen doch gerade gesagt: Mit mir war Dr. Raabe unterwegs. Ich habe mit Dr. Raabe die Dinge besprochen, so wie ich die Informationen hatte, und Dr. Raabe hat dann auch mit seinem Stellvertreter darüber gesprochen, was dann auch entsprechend öffentlich kommuniziert wird.

Rainer Arnold (SPD): Die konkrete Frage war aber: Ist mit Ihnen über eine Kommunikationsstrategie im Sinne von „Wie legen wir das an?“ gesprochen worden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sagte Ihnen: Ich habe mit Dr. Raabe darüber gesprochen, über diese Informationen, die ich auch hatte und die er auch dann so entsprechend weitergegeben hat.

Rainer Arnold (SPD): Okay. - Wie können Sie sich erklären und ist diese Information bei Ihnen bekannt und gebilligt, dass Malte Krause, also Ihr Büroleiter, am 04.09. um 11.30 Uhr eine SMS an die Pressestelle geschickt hat und dort empfohlen hat, den Umstand, dass die Tanklaster auf der Sandbank festgefahren sind, bei der Pressedarstellung einfach wegzulassen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Rainer Arnold (SPD): Würde sich das mit Ihrer Einschätzung, dass man umfassend und korrekt die Öffentlichkeit informieren will, decken, wenn man so vorgeht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung. Ich habe gesagt, dass ich über meinen Wissensstand die Öffentlichkeit und das Parlament korrekt informiert habe, und dabei bleibe ich.

Rainer Arnold (SPD): Beziehen Sie denn auch mit ein, dass Ihr genannter Pressesprecher, Herr Raabe, den ISAF-Vorabbericht in der Pressekonferenz als „Reisebericht“, ich sage mal, ein Stück weit abqualifiziert hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Welchen Bericht meinen Sie jetzt, bitte?

Rainer Arnold (SPD): Diesen Initial Action Bericht, IAT-Bericht.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Diese Voruntersuchung?

Rainer Arnold (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das weiß ich jetzt nicht mehr, was er dort - -

Rainer Arnold (SPD): Er hat es gesagt. Es liegt in den Protokollen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dann müssen Sie ihn fragen.

(Michael Brand (CDU/CSU): In welchen Protokollen?)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold - -

Rainer Arnold (SPD): Das ist die Veröffentlichung nach seiner Pressekonferenz, die wir zum Teil live mitverfolgt haben, und was dann auch in den Medien so stand. Deshalb brauche ich hier keine Angabe von Daten zu machen. - Also, das ist Ihnen nicht mehr geläufig, dass er das so bezeichnet hat. Sind Sie selbst der Auffassung, dass dieser ISAF-Vorabbericht eine ernsthafte Fragestellung aufgeworfen hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigen Sie. Die Frage kann ich gerade von Ihnen nun nicht verstehen.

Rainer Arnold (SPD): Bitte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Die Frage kann ich von Ihnen nun nicht verstehen; denn Sie sind als Obmann der SPD genau darüber informiert worden, und Sie wissen, dass ich berichtet habe -

Rainer Arnold (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: - genau über diesen Bericht und dass ich im Detail auch über den N[REDACTED]-Bericht informiert habe. Deshalb, muss ich schon sagen, kann ich diese Frage nun von Ihnen nicht verstehen.

Rainer Arnold (SPD): Ich nehme Ihren Einwurf nachher sehr gerne auf, bin vielleicht sogar dankbar. Ist Ihnen bekannt, dass Ihr Pressestab an verschiedenen Stellen versucht hat, aus Sprechzetteln Formulierungen in den ersten Tagen rauszunehmen, die sinngemäß lauteten: „Zivile Opfer sind nicht auszuschließen“?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):
Langsam, langsam!

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann doch keine Antwort geben zum Pressestab, was die da im Einzelnen gemacht haben. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe, als ich das erste Mal davon Kenntnis bekommen habe, auch dort sofort in der Öffentlichkeit darauf Bezug genommen, und zwar am Sonntagnachmittag.

Rainer Arnold (SPD): Herr Minister, wenn Sie mir einen Vorwurf - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder zur Geschäftsordnung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich würde gern wissen, woher der Kollege die Informationen hat, die er dem Zeugen vorhält.

Rainer Arnold (SPD): Es ist an verschiedenen Stellen sichtbar. Es gibt ein Dokument, das im Entwicklungsprozess war. Ich kann nicht jetzt alle Stellen auf die Schnelle hier darlegen; ich mache das gern unter Geheim.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Müssen Sie aber.

Rainer Arnold (SPD): Ein Dokument, das im Entwicklungsprozess war und bei dem dann am Ende diese Formulierungen gefehlt haben.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich möchte die Stellen vorgehalten haben.

Rainer Arnold (SPD): Ich mache das jetzt nicht. Ich ziehe die Frage zurück, Herr Kollege. Ich bin auch nicht bereit, Sie als Oberlehrer hier zu akzeptieren. Wenn Ihnen

was nicht gefällt, wählen Sie bitte den formellen Weg hier.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Seien Sie doch nicht so aufgeregt!

Rainer Arnold (SPD): Ich habe im Augenblick das Wort, Herr Kollege, -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich bitte jetzt, Herr Kollege Arnold - -

Rainer Arnold (SPD): - und wir wählen dann den korrekten Weg. Sie können alles beantragen. Das ist Ihr gutes Recht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold - -

Rainer Arnold (SPD): Aber hier so über die Bank rüber mich belehren, akzeptiere ich nicht mehr.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich verstehe Ihre Erregung, aber Herr Kollege Kauder - -

Rainer Arnold (SPD): Nein, ich bin nicht erregt. Ich bin ganz ruhig.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich bitte, jetzt in der Fragestellung fortzufahren. Sonst muss ich die Sitzung unterbrechen.

Rainer Arnold (SPD): Ich habe doch gesagt, ich ziehe die Frage zurück. - Herr Minister, Sie haben einen unterschweligen Vorwurf gemacht gegenüber den Obleuten. Stimmen Sie mir zu, dass die Obleuteunterrichtungen - und damals zumindest von mehreren Obleuten; zwei sitzen noch hier; ach, er ist gerade nicht hier - immer wieder auf Kritik gestoßen sind, weil wir in der Obleuteunterrichtung immer einen Tag später das erfahren haben, was in der internationalen und später in der deutschen Presse auch kommuniziert wurde? Wir saßen ja nicht nur drin und haben geschwiegen.

(Zuruf der Abg. Sibylle Pfeiffer
(CDU/CSU))

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Da hatte ich einen anderen Eindruck.

Rainer Arnold (SPD): Ist wahr?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich hatte den Eindruck, dass Sie alle zufrieden waren; denn Sie haben keine entsprechenden anderen Fragen mehr gestellt.

Rainer Arnold (SPD): Dann stimmen Sie mir zu, dass im Verteidigungsausschuss - hier gibt es ja ein Protokoll - der Punkt der feststehenden Tanklastzüge und die Frage „Wie kann man eigentlich der Bundeswehr unterstellen, dass zwei aufgeklärte feste Tanklastzüge bei Kenntnis der Topografie in Kunduz, mit dieser schmalen Zufahrt und den Sicherungsmaßnahmen, eine ernsthafte Gefahr für die Truppe sein sollen?“ - - Erinnern Sie sich noch, dass dies eine Rolle gespielt hat und auch ziemlich kontrovers zwischen uns war?

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wie ich sehe, darf ich aus der entsprechenden Detailunterrichtung nichts sagen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Moment, Herr Dr. Jung! - Herr Kauder zur Geschäftsordnung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sehe ich es richtig, dass hier aus Sitzungen des Verteidigungsausschusses berichtet wird?

Rainer Arnold (SPD): Ja, weil der Herr Minister auch aus geheimen Obleuteunterrichtungen bestimmte Dinge angesprochen hat.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Also sind wir uns einig, dass das eingestufte Sachverhalte sind, die Sie hier in Kenntnis, dass es eingestuft ist, vorhalten?

Rainer Arnold (SPD): Nein. Ich bin ja nicht der Meinung, dass es ein eingestuftes Sachverhalt ist, wenn ich aus Protokollen des Verteidigungsausschusses vorhalte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das ist doch aus dem Verteidigungsausschuss.

Rainer Arnold (SPD): Zunächst mal sage ich Ihnen aber noch mal, Herr Kollege Kauder: Ich bin nicht bereit, mit Ihnen hier in ein dialogisches Verfahren in meiner - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich beantrage eine Beratungssitzung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann unterbreche ich die Sitzung. Ich bitte die Zuschauer auf den Tribünen - -

(Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Er hat es doch nur beantragt! Wir haben nicht abgestimmt! - Rainer Arnold (SPD): Herr Kauder alleine macht keine Beratungssitzung, sondern wir alle! Das muss man jetzt mal klären! Wir stimmen ab! - Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Noch ist nichts abgestimmt! - Rainer Arnold (SPD): Ich bitte dann um eine Abstimmung!)

Ich bitte auch den Zeugen, den Saal zu verlassen. - Ich bitte jetzt wirklich, die Tribüne zu verlassen.

Ich schließe die Sitzung zur Beweiserhebung und eröffne die Beratungssitzung.

(Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Halt, halt, halt!)

- Herr Kollege Bartels.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Frau Vorsitzende, Sie sind ja die Ansprechpartnerin für die Leitung dieser Sitzung. Der Kollege Kauder kann für sich feststellen, was er will. Drannehmen müssen Sie ihn dann ja auch erst mal, damit er etwas sagen kann. Wenn er dann drangekommen ist und etwas beantragt hat, dann gilt das für ihn, aber der Ausschuss hat nicht darüber abgestimmt. Wir sind in der öffentlichen Beweisaufnahme. So penibel wie Herr Kauder können andere auch.

(Michael Groschek (SPD): Ich beantrage, die Öffentlichkeit so lange herzustellen, bis die Abstimmung gelaufen ist!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann kommen wir zur Abstimmung darüber, ob wir eine Beratungssitzung durchführen sollen. Ich bitte diejenigen, die für die Beratungssitzung sind, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
17.22 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung, III: NfD)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
17.42 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. Franz Jung**

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich eröffne die Sitzung wieder. Wir fahren mit der Beweiserhebung fort. Das Wort hat die SPD-Fraktion.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Herr Kollege Jung, ich glaube, Sie haben das schon mal erwähnt, aber trotzdem die Frage: Wann haben Sie nach dem Ereignis 4. September in Kunduz zum ersten Mal mit der Kanzlerin geredet?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: An dem Sonntag, den 6. September, als wir diesen Wahlkampfauftakt in Düsseldorf hatten und uns da zu dem Vorgespräch getroffen haben.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Das war ein Vorgespräch. Wer nahm daran teil?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Alle - Minister und ansonsten Präsidium usw. in der CDU -, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, die haben sich dort in einem Vorraum versammelt, um dann nachher geschlossen in die Veranstaltung zu gehen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): In diesem Rahmen hat dann das Gespräch zwischen Ihnen und der Kanzlerin stattgefunden zu diesen Ereignissen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Wie ist das Gespräch inhaltlich abgelaufen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sage das jetzt mal etwas allgemeiner, ohne den Kernbereich zu berühren. Die Kanzlerin hatte Sorge nach diesen Meldungen der *Washington Post*. Ich habe ihr noch mal vorgelesen, was mir Oberst Klein gesagt hat. Aber wir waren dann gemeinsam der Auffassung, dass wir nach dieser Meldungslage zivile Opfer nicht mehr ausschließen sollten.

Ich habe dies ja dann in dem Pressestatement so abgegeben.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Auf welcher Grundlage - was war Ihre Vermutung? - hat die Kanzlerin ihre Besorgnis geäußert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aufgrund dieser Meldungslage *Washington Post*, McChrystal, also COMISAF.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Das heißt, auf der konkreten Meldung der *Washington Post*? Oder hatten Sie den Eindruck, dass die Kanzlerin sich noch auf andere Informationsquellen bezog?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich hatte den Eindruck, dass es von dieser Meldungslage *Washington Post* herrührte. Deshalb haben wir ja auch abgesprochen, da es ja einen Bezug hatte zu General McChrystal, dass ich noch an dem Nachmittag versuche, General McChrystal zu erreichen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Hatten Sie den Eindruck - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Körper.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Bitte?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Würden Sie Ihre Frage anders stellen. Sie sagen immer: „Hatten Sie den Eindruck?“ Wir würden gerne Fragen nach Tatbeständen hören.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Gab es im Bundeskanzleramt Informationen und Hinweise zu dem Kunduz-Ereignis, die Ihnen nicht bekannt waren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das müssen Sie das Kanzleramt fragen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ja, ich wollte ja deswegen fragen, ob beispielsweise das in diesem Gespräch eine Rolle gespielt hat.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gerade gesagt, was in dem Gespräch eine Rolle gespielt hat.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Das war die Frage der zivilen Opfer. Das ist Ihnen in dieser Deutlichkeit in diesem Gespräch zum ersten Mal in diesen Zusammenhängen so dargestellt worden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das habe ich ja auch anders gesagt. Ich habe gesagt, dass ich auf der Fahrt nach Düsseldorf die Meldungslage registriert habe im Hinblick auf das Thema *Washington Post* und was dort berichtet wurde, auch mit zivilen Opfern. Darüber haben wir auch konkret gesprochen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): War Ihnen bekannt, dass die Meldung, die in Ihrem Informationssystem am 4. September, 6.15 Uhr mitteleuropäischer Zeit, eingestellt worden ist - - dass es dann einen internen Diskussionsprozess gegeben hat bei der Frage, ob zivile Opfer auszuschließen sind und ob dies beispielsweise Gegenstand der Meldung sein sollte? Ja oder nein?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Herr Minister, Ihr Nachfolger hat dann ja zu dem COMISAF-Bericht selbst eine Pressekonferenz gegeben. Mit Ihnen war abgesprochen, dass der Generalinspekteur eine Pressekonferenz geben würde, sobald der Bericht da ist. Hatten auch Sie vor, dazu eine Pressekonferenz zu geben, wären Sie im Amt geblieben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war jetzt nicht mein Thema. Verstehen Sie das bitte. Ich hatte den NATO-Bericht nicht bekommen. Deshalb habe ich auch nicht gesagt: der Generalinspekteur usw. Es war nur so, dass wir vereinbart hatten, dass wenn - und das ist auch im Übrigen üblich im Verteidigungsministerium - ein derartiger Bericht vorliegt, dass wir dann versuchen, über den Planungsstab eine gemeinsame Erklärung abzustimmen zwischen dem Generalinspekteur und dem Bundesminister.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also, Sie hatten - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, Herr Kollege Bartels, Ihre Zeit ist ab-

gelaufen. - Ich gebe das Wort der FDP-Fraktion.

Joachim Spatz (FDP): Herr Kollege Jung, Sie hatten geschildert, dass Sie wegen der internationalen Reaktionen Kontakt aufgenommen haben zum Außenminister bzw. zum Staatsminister im Auswärtigen Amt. Gerade Letzterer war ja bei einer internationalen Konferenz. Wurde Ihnen da eine Beurteilung der Sachlage abverlangt? Denn die haben ja vom Ausland her Bewertungen erfahren. Da könnte ich mir vorstellen, dass man eben auch gesagt hat: Wie war es wirklich? Was haben Sie da für eine Bewertung abgegeben bezüglich des Einsatzes?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Mir ging es darum, dass ich diese Vorverurteilungen, die da stattgefunden haben, für völlig sachwidrig gehalten habe, dass man dem entgegen-treten soll. Das war meine Diktion, und darüber habe ich auch mit Staatsminister Gloser gesprochen.

Joachim Spatz (FDP): Aber eine umfassende Bewertung des Einsatzes - in der Diktion: Es war eine angemessene Reaktion - haben Sie nicht abgegeben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, ich hatte ja damals nur diese Meldungslage, wie Sie sie kennen. Ich weiß jetzt gar nicht mehr, ob wir im Detail darüber gesprochen haben. Mir ging es darum, dass es aus meiner Sicht völlig ungerechtfertigt war, unsere Soldaten in einer solchen Art und Weise öffentlich hier vorzuverurteilen, und dass ich der Meinung war, dass man dem entgegen-treten müsse.

Joachim Spatz (FDP): Dafür habe ich viel Verständnis. Ich wollte einfach nur wissen, ob von Ihnen quasi so eine Art Vorfreispruch erfolgt ist. Also, eben nicht nur keine Vorverurteilung, sondern quasi das Gegenteil.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Mir ging es um dieses Thema, dass plötzlich eine ganze Phalanx von europäischen Außenministern sich in einer solchen Art und Weise geäußert hat, wo es überhaupt keinen Grund dafür gab, aus meiner Sicht. Und deshalb ging es mir - ich sage mal - um den Schutz unserer Soldaten.

Joachim Spatz (FDP): Okay. Letzte Frage zu einem anderen Komplex, und zwar: Sie hatten ja betont, dass Sie auf den NATO-Bericht setzen. Sind Sie der Meinung, dass ein internationaler Bericht Untersuchungen gemäß Wehrdienstordnung ersetzt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich akustisch nicht verstanden. Was war das Letzte?

Joachim Spatz (FDP): Es gibt ja die Wehrdienstordnung, Entschuldigung: Wehrdisziplinarordnung. Sind Sie der Meinung, dass eine Untersuchung, die aufgrund der deutschen Wehrdisziplinarordnung gemacht wird, durch einen internationalen Bericht ersetzt werden kann?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war nicht meine Abwägung. Verstehen Sie bitte - und ich sage noch einmal -: Das war ein gemeinsamer Beschluss. Wir haben gemeinsam darüber gesprochen: Staatssekretär Dr. Wichert, der Generalinspekteur und ich. Wir waren - - Oberst Klein - ich habe Ihnen das geschildert -: Es sind nur Taliban. Afghanistan: Es sind nur Taliban. Dann die anderen Berichte - NATO -: Nein, es sind auch Zivilisten. Zwar sagte McChrystal: Verletzte; ob Opfer, ist noch unklar. Ich wollte, wir wollten auch nicht, dass sozusagen wir jetzt einseitig einen Bericht - - oder uns vorgehalten wird: Ihr macht einseitig sozusagen eine Beschönigung der Situation. Sondern wir wollten, dass hier eine neutrale Stelle - wenn ich so sagen darf -, nämlich die NATO, dann entsprechend eine Untersuchungskommission bildet, in der wir mitwirken, wo dann entsprechend sachgerecht der Vorfall untersucht wird, damit eben diese Einseitigkeit uns da nicht vorgeworfen werden kann.

Joachim Spatz (FDP): Okay. Besten Dank. Ich habe keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Keine weiteren Fragen mehr seitens der FDP? - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Herr Jung, Sie haben das eben in Ihrer Stellungnahme noch mal gesagt. Sie bezogen sich auf die afghanischen Berichte, die keine Aussage getroffen haben darüber, dass es

zivile Opfer gegeben haben könnte. Nun berichtet aber die *Frankfurter Rundschau* schon am 05.09., dass der Sprecher der Provinzregierung namens Sajedi gesagt hat, dass unter den Toten nur eine kleine Anzahl von Zivilisten sei. Das heißt also, auch eigentlich wohlmeinende Berichte implizieren sehr wohl, dass es zivile Opfer gegeben haben könnte. Sind Ihnen diese Äußerungen bekannt gewesen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sagte Ihnen ja gerade: Es gab nachher auch noch weitere Berichte von afghanischen Untersuchungskommissionen, die teilweise eine andere Diktion hatten. Ich bin darauf hingewiesen worden, dass ich das nicht im Detail sagen kann. Ich habe mich nur bezogen auf diesen Bericht, der immerhin - - Das war ja nun nicht irgendjemand, das war ja der Vorsitzende des Provinzrates, den ich selbst kennengelernt habe. Es war der Gouverneur, den ich selbst kannte. Es war der Chef der ANA dort, also sprich: der Armee, den ich ebenfalls kannte. Es war ebenso der Polizeichef, und es war der Geheimdienstchef. All die fünf Personen kamen im Grunde genommen zu dieser ersten Zahl: 56 und 12. Zweitens sagen sie nicht einfach aus einer Annahme, sondern aus Befragungen mit den Dorfbewohnern und Augenzeugen - das ist so ihr Bericht -, es seien nur Taliban und deren Verbündete. Auf den Bericht habe ich mich bezogen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut. Dann war Ihnen diese Äußerung offensichtlich nicht bekannt.

Eine weitere Frage: Ich komme zum 07.09. Da haben Sie einen Sachstand zur Unterrichtung des Bundeskanzleramts genehmigt. Ist Ihnen bekannt, dass diese Unterrichtung in einem wesentlichen Detail von der schriftlichen Unterrichtung der Obleute - auch am 07.09. - abweicht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe gerade dargestellt, wie sich die presseverwertbare Stellungnahme, die vorab den Obleuten zuging, und dann der Bericht an das Kanzleramt darstellt. Das habe ich hier vorgebracht, ja.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Dann werde ich dazu in der geheimen Sitzung noch mal nachfragen. Nun möchte ich zu der Frage kommen: Umgang mit den Untersu-

chungsergebnissen, speziell mit dem Bericht des Initial Action Teams. Ist Ihnen bekannt, dass der Bericht von Ihrem Sprecher, Herrn Raabe, ein „Reisebericht“ genannt wurde, der unbestätigte Informationen enthält? So wurde es berichtet, unter anderem in der *Frankfurter Rundschau* und in der *Süddeutschen Zeitung*.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das haben wir ja vorhin schon erörtert. Ich habe Ihnen gesagt, was für einen Kenntnisstand ich hatte. Dort war ja unser Oberst N. mit dabei. Ich habe Ihnen auch dazu gesagt, was wir im Rahmen der presseverwertbaren Stellungnahme dann einbezogen hatten.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Noch mal zu der Frage des Umgangs mit diesem Untersuchungsbericht. Ist Ihnen bekannt, dass auch in dem Entwurf einer presseverwertbaren Stellungnahme vom 10.09. und dem Sprechzettel für die Obleuteunterrichtung auch im Hinblick auf diese Frage erhebliche Differenzen erkennbar sind?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das müssen Sie jetzt bitte konkretisieren.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das konkretisiere ich dann nachher in der geheimen Sitzung.

Dann eine weitere Frage: Ist Ihnen bekannt, dass in den ersten Tagen des Öfftens von weiteren Quellen, die die Grundlage für die Entscheidung von Oberst Klein gewesen sind, gesprochen wurde? Auch darauf gibt es Hinweise, beispielsweise im *Tagespiegel*.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, das ist auch eingestuft.

Christine Buchholz (DIE LINKE): *Der Tagesspiegel?*

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, nicht *Der Tagesspiegel*. Sie können die Frage gerne stellen, aber ich weise - -

Christine Buchholz (DIE LINKE): Na ja, im *Tagesspiegel* vom 08.09. steht - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, Sie können die

Frage gerne stellen, aber, nachdem es sich um eine klassifizierte Unterlage handelt, weise ich den Zeugen darauf hin, dass er bei seiner Antwort die Reichweite seiner Aussagegenehmigung und eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit bedenken müsste; es könnte sie verletzen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich möchte nur wissen von Herrn Jung, ob die Aussage im *Tagesspiegel*: Jungs Sprecher

trat Kritik aus den USA entgegen, die Deutschen hätten sich nur auf einen einzigen afghanischen Informanten verlassen. Die Bundeswehr habe sich neben ... Luftbildern und einem zuverlässigen afghanischen Hinweisgeber auf eine weitere Quelle stützen können, über die öffentlich nicht geredet werde.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich bitte um Nachsicht. Ich weiß jetzt nicht, was im *Tagesspiegel* stand.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich kann Ihnen das gerne noch mal vorlegen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Frau Kollegin Buchholz stellt das zur Verfügung.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Frau Vorsitzende, ich werde dazu sicherlich nicht Stellung nehmen in öffentlicher Sitzung

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr Dr. Jung, die Frage war doch -- Es geht nicht um den *Tagesspiegel*, sondern es geht um die Erklärung Ihres Pressesprechers, der in mehreren Bundespressekonferenzen von dieser zusätzlichen, dritten Quelle gesprochen hat. Wir wollen von Ihnen nur wissen, ob Ihnen dieser Vorgang bekannt ist, ob Sie darüber mit dem Pressestab gesprochen haben oder wo das herkommt. Sie sollen das gar nicht im Einzelnen bewerten, sondern nur: Wie kommt das in die Welt, und wussten Sie davon?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Die Frau Vorsitzende hat mir gerade einen Hinweis gegeben, und deshalb möchte ich um Verständnis bitten, dass wir das in geheimer Sitzung erörtern.

Christine Buchholz (DIE LINKE): In dem Zusammenhang eine allgemeine Frage: Ist Ihnen bekannt, wie viele Personen involviert sind, bis so eine menschliche Quelle dann bei einem Entscheidungsträger wie Oberst Klein ist, ob da zwei, drei, vier oder fünf Personen involviert sind?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Frau Kollegin, ich bitte Sie um Verständnis. Das sind alles Fragen, die ich Ihnen gerne in geheimer Sitzung beantworte.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Dann eine weitere Frage, die die Sprachregelung betrifft, die Sie vereinbart haben, und zwar: Herr Schneiderhan hat in der letzten Sitzung unter anderem davon gesprochen, dass der Begriff „Unbeteiligte“ eingeführt wurde - sinngemäß -, um auch einen Ausweg für Oberst Klein zu lassen; damit er in der Lage war, nicht zu sagen, die Klein'sche Meldung vom 04.09. wäre falsch. Ich würde gerne von Ihnen wissen - Sie haben das schon vorhin kurz angesprochen, aber für mich nicht genau genug -: Inwiefern wurden Vereinbarungen über Sprachregelungen - Beteiligte, Unbeteiligte, Zivilisten, unschuldige Zivilisten - diskutiert und festgelegt, und wo sind tatsächlich Unterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Kauder. - Bitte schön, Herr Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die Kollegin hat aus einer Aussage des Zeugen Schneiderhan berichtet. Da bitte ich, das Protokoll vorzuhalten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann bitte ich unsere Mitarbeiter.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Seite 20, rechte Spalte, oben, die ersten beiden Absätze.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe dazu die Bitte, dass ich den gesamten Sachverhalt - es gibt so ein paar Bezugspunkte - Ihnen gerne in geheimer Sitzung beantworte.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut, wir können das so machen, bloß ich finde, das ist eine Aussage, die in einer öffentlichen Sitzung hier getätigt wurde. Die Frage, inwiefern es tatsächlich Vereinbarungen über die Sprachregelung gab, ist ja auch ansonsten für die Öffentlichkeit relevant, weil ja der Eindruck erweckt wird, wenn von „Beteiligten“ geredet wird, dass es sich tatsächlich um Leute handelt, denen es, wie es des Öfteren ja auch von den afghanischen Vertretern gesagt wurde, nur recht geschieht, dass sie die Bombe auf den Kopf bekommen haben. Von daher finde ich: Das ist schon sehr relevant für die öffentliche Bewertung.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Was ist jetzt Ihre konkrete Frage?

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ob es Vereinbarungen gab zwischen Ihnen und Herrn Schneiderhan und Ihrer Öffentlichkeitsarbeit, gezielt Begriffe wie „Beteiligte“, „Unbeteiligte“ einzuführen, um letztendlich ein Türchen aufzumachen oder ein Türchen offen zu lassen für Herrn Klein und die Einschätzung, die er am 04.09. ganz zu Beginn getroffen hat.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen den gesamten Sachverhalt so dargestellt, wie ich ihn kannte, was wir auch öffentlich erklärt haben. Wie gesagt, meine Informationen waren am 04.09.: Taliban. Das hat Oberst Klein mir am 05.09. noch einmal bestätigt. Ich habe am 06.09., als es andere Informationen gab, auch gleich von zivilen Opfern gesprochen. Wenn - das will ich noch einmal sagen, weil das wieder öffentlich falsch dargestellt wird - am 06.09. die *Bild am Sonntag* erschienen ist mit meiner Formulierung: „nach unserer derzeitigen Erkenntnis“, dann war das mein derzeitiger Kenntnisstand des Interviews vom 5. September, wo ich entsprechend dieses Interview genehmigt habe. Mein Kenntnisstand war am 6. September schon ein anderer. Aber da hatte ich nicht mehr die Möglichkeit, das sozusagen zu korrigieren, sondern das ist dann so veröffentlicht worden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich gebe jetzt Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Jung, Sie haben gesagt, Sie fanden Kleins Entscheidung nachvollziehbar. Meinten Sie damit menschlich nachvollziehbar oder militärisch nachvollziehbar oder beides?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen, denke ich, die Gesamtsituation dargestellt und habe immer davon gesprochen, dass ich erstens der Auffassung war und bin, dass der deutsche Verteidigungsminister sich in einer solchen Situation vor seine Soldaten zu stellen hat, und zweitens auch der Meinung war, dass vom Grundsatz her diese Entscheidung nachvollziehbar ist, die er natürlich in seiner militärischen Funktion getroffen hat.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, also für militärisch nachvollziehbar. Halten Sie die Entscheidung von Klein für militärisch angemessen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war nicht meine Bewertung. Das habe ich jetzt auch nicht zu bewerten. Ich bleibe bei meiner Erklärung, dass ich die Entscheidung für nachvollziehbar halte.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Generalinspekteur Schneiderhan hat doch in Ihrer Amtszeit erklärt, die Entscheidung wäre militärisch angemessen gewesen. Wenn Sie mit dieser Einschätzung nicht übereinstimmen, dann wäre das doch ein seltsamer Bestand.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, Frau Abgeordnete, da muss ich Sie darauf hinweisen, dass das nach meiner Amtszeit war.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist mein Fehler. Entschuldigung. - Halten Sie die Entscheidung für alternativlos?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wissen Sie, das ist eine Frage der Bewertung.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie haben aber vorhin in Ihren Ausführungen gesagt, dass Sie keine Handlungsalternative für Oberst Klein sahen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sage Ihnen ja, dass ich sie für nachvollziehbar gehalten habe.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber vorhin - ich habe es mir extra mitgeschrieben - gesagt: „keine Handlungsalternative“. Das werden wir dann auch sehen bei den Aufzeichnungen und dem Protokoll.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, ich habe Ihnen ja geschildert, wie ich das sehe. Da bleibe ich dabei.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Jung, könnten Sie noch mal den Auftrag der „Gruppe 85“ schildern?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gesagt, was wir gemeinsam abgesprochen haben, und zwar der Staatssekretär, der Generalinspekteur und ich. In dem Zusammenhang: keine eigene Untersuchung, Untersuchung der NATO, Untersuchung wird unterstützt, dort geht der Rechtsberater V ■■■ auch rein, und wir begleiten das im Rahmen des Einsatzführungsstabs.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt konkret „begleiten“?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dass wir selbstverständlich die Informationen, die wir haben, auch entsprechend dort weitergeben.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Staatssekretär Wichert hat hier ausgesagt, dass aber auch regelmäßig Berichte stattfanden, eben sozusagen aus der Untersuchungskommission nach Deutschland. Ist das wahr?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Haben Sie die Quelle von diesem Protokoll? Wissen Sie, wo das steht? Dann würde ich es gern dem Zeugen vorlegen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt es, dass regelmäßige Unterrichtungen aus der NATO-Untersuchungskommission über das deutsche Mitglied stattgefunden haben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen, weil ich damit nicht unmittelbar befasst war.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angesichts dieser Tatsache, auch dessen, was *Spiegel online* schreibt, dass auch hier darauf geachtet werden soll - Sie hatten es ja auch betont: Es fanden viele Vorverurteilungen statt -, dass das auch in der NATO-Untersuchungskommission nicht wiederholt geschieht, wundert es mich doch, dass Sie dann jetzt hier ausgesagt haben, dass die nationale Untersuchung eingestellt wurde, weil man eben keine parteiliche Untersuchung wollte. Es häufen sich ja die Hinweise, dass man auch Einfluss auf die NATO-Untersuchungskommission nehmen wollte, eben auch über die „Gruppe 85“.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dann müssen Sie mir die konkreten Hinweise bitte benennen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann mache ich das nachher. - Dann wollte ich auf eine Ihrer Ausführungen zurückkommen. Sie haben vorhin gesagt: Taliban und ihre Unterstützer. Sie sprachen von Ihrem juristischen Sachverstand und der Bewertung nach humanitärem Völkerrecht. Wieso kommen Sie zu der Einschätzung, dass hier humanitäres Völkerrecht als rechtliche Grundlage angewendet werden sollte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gesagt, dass meine Bewertung war, dass das grundsätzlich im Rahmen des Mandats war, und dass ich hilfsweise diesen Sachvortrag vorgetragen habe.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie vielleicht noch mal - weil jetzt auch mehrere Begriffspaare immer wieder aufgetaucht sind: Zivilisten/Taliban, Beteiligte/Unbeteiligte. Sie hatten vorhin in Ihren Ausführungen von Taliban und ihren Unterstützern gesprochen. Was halten Sie für die beste Formulierung, die sozusagen das Geschehen vor Ort präzise beschreibt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Erstens, Frau Kollegin, habe ich zitiert aus - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Entschuldigung, Herr Jung, das ist eine Wertung. Die Frage müssen Sie nicht beantworten.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Dr. Jung hat hier vorhin seinen juristischen Sachverstand betont. Da die Frage, inwieweit man unterscheidet, natürlich auch die Bewertung „kriegsähnliche Zustände“, „nichtinternationaler bewaffneter Konflikt“, eine Rolle für die Frage spielt, wie man diesen Militärschlag dann auch bewertet, finde ich, dass das schon beantwortet werden sollte.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Was ist jetzt Ihre Frage?

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind ja diese Begriffspaare immer wieder aufgetaucht von verschiedenen Zeugen aus dem Ministerium. Ich wollte von Ihnen als ehemaligem Verteidigungsminister wissen, welches Begriffspaar Sie - - oder wie Sie da unterscheiden würden, was Sie da für angemessen halten.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist eine Frage der Bewertung. Ich will Ihnen nur sagen: Es stand in den Berichten - das habe ich wiedergegeben -: Taliban und deren Verbündete. Wer sich ein bisschen mit dem Sachverhalt auskennt, der weiß, dass das oft auch eine Schwierigkeit ist in der Differenzierung, weil viele, teilweise Bauern auf dem Feld, normalerweise nicht unmittelbar als Taliban erkennbar sind, die abends aber dann die Waffe in die Hand nehmen und deutsche Soldaten bekämpfen. Das ist die Crux und auch die Schwierigkeit im Hinblick auf die Gesamtsituation.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Jung, das ist mir durchaus bewusst; und es ist natürlich auch entscheidend für die Frage. Wenn man diesen Militärschlag bewertet und wenn man Aussagen darüber trifft, ob Zivilisten gestorben sind oder nicht, dann muss man sich ja auch die Frage stellen: Wie werden Zivilisten definiert, und was heißt das für ihren völkerrechtlichen Status? Was heißt „Beteiligte/Unbeteiligte“ dann im Völkerrecht vor diesem Hintergrund? Das ist doch eine ent-

scheidende Frage für die Bewertung der Entscheidung von Oberst Klein.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. - Herr Kauder, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, die Kollegin gibt immer Erklärungen zu den eigenen Fragen ab, wo man am Ende fragen muss, ob überhaupt eine Frage gestellt wurde. Eine Beweisaufnahme findet so statt, dass man eine Frage stellt und der Zeuge sie beantwortet, und nicht eine Frage unbeantwortet kommentiert oder eine beantwortete Frage kommentiert.

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie unterbrechen, kann sie ihre Fragen aber doch nicht stellen!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Nouripour. - Ich denke, die Frage ist schon zulässig, und Herr Dr. Jung weiß sie zu beantworten oder, wenn er nicht will, nicht zu beantworten.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wenn Sie die Frage bitte noch mal wiederholen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind mehrere Begriffspaare gefallen, von unterschiedlichen Zeugen, auch in öffentlichen Sitzungen, und zwar einmal zum Beispiel das Paar „Beteiligte/Unbeteiligte“, einmal das Paar „Zivilisten und Taliban“. Es ist für die Bewertung des Militärschlages ja wichtig, zu wissen, anhand welcher Kriterien man die Entscheidung „militärisch angemessen“ oder „militärisch nachvollziehbar“ trifft. Da wollte ich wissen, welche Bezeichnung Sie für die richtige halten, die die Situation vor Ort angibt.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gesagt, dass ich der Überzeugung bin, dass die überwiegende Anzahl Taliban gewesen sind, dass ich aber auch der Meinung bin, dass es eine Anzahl von zivilen Opfern gegeben hat und ich es deshalb für sachgerecht erachte, dass wir uns auch diesbezüglich entschuldigen. Aber ich wiederhole: Ich bin der Überzeugung, dass die überwiegende Anzahl der Opfer Taliban waren.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich frage die Fraktionen: Wird noch eine weitere öffentliche Runde gewünscht? - Ja. Dann würde ich die CDU/CSU bitten.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Wir haben noch eine Frage, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann gebe ich der CDU/CSU das Wort. Frau Pfeiffer, bitte.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Kollege Jung, können Sie mir bitte noch mal sagen: Wann war die erste Unterrichtung des Parlamentes, sprich: der Obleute?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir haben eine schriftliche Unterrichtung gleich am 4. September gemacht. Wir haben danach am 5. September noch mal eine schriftliche Unterrichtung gemacht. Wir haben dann umfangreich unterrichtet am 07. mit dieser presseverwertbaren Stellungnahme, was ich vorhin ausführlich dargestellt habe. Die, wenn Sie so wollen, persönliche Unterrichtung im Verteidigungsministerium, und zwar sowohl für die Obleute im Verteidigungsausschuss als auch im Auswärtigen Ausschuss, war am 08., also vor der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Am 08. haben Sie persönlich unterrichtet?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jawohl, ich mit dem Generalinspekteur.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Wenn die schriftlichen Informationen, Unterrichtungen am 04. und am 05. erfolgten - das ist ja sicherlich nachvollziehbar, das kann man sicherlich nachlesen -: Haben Sie dort schon von zivilen Opfern gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Im Rahmen dieser Unterrichtungen nicht, weil ich ja auch diese Informationen nicht hatte. Man muss auch eins deutlich sagen: Wir haben damals auch bewusst gesagt, wir sagen jetzt doch nichts von konkreten Zahlen, weil uns das zu unsicher war. Wir wollten auch bewusst nicht nachher Vorhaltungen haben - wir nennen jetzt 56 Tote, und es sind nach-

her doch vielleicht mehr oder auch weniger, und haben falsch unterrichtet -, sodass wir nur allgemein im Hinblick auf den Luftangriff unterrichtet haben.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Sie hatten vorhin schon mal gesagt, Sie hatten den Eindruck, dass das Parlament umfassend und rechtzeitig und bestens informiert war. Waren Sie der Meinung, als Sie das Parlament und die Obleute am 08.09. persönlich informierten, dass Sie auch noch andere Informationen hatten als die aus Ihrem Ministerium? Wir wissen ja seit heute, dass auch die Bundeskanzlerin irgendwelche Informationsstränge hatte, die uns bis heute nicht bekannt waren.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich muss Ihnen sagen, dass wir damals, am 8. September, die Informationen weitergegeben haben. Wenn ich sage „wir“, dann ist das wie folgt abgelaufen: dass ich allgemein eingeleitet habe und dass dann der Generalinspekteur sehr umfangreich über die Details unterrichtet hat, auch mit entsprechendem Bildmaterial, und dass wir die Informationen, die wir hatten, auch entsprechend gegenüber dem Parlament weitergegeben haben.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Das Parlament war also Ihrer Einschätzung nach besser informiert und eher informiert als die Öffentlichkeit?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, das Parlament. Deshalb haben wir beispielsweise auch im Zusammenhang mit der presseverwertbaren Stellungnahme darauf geachtet, dass es zunächst an die Obleute ging, bevor die presseverwertbare Stellungnahme öffentlich gemacht wurde.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, Kollege Jung, dass Nachfragen seitens der Obleute kamen, vor allen Dingen nach zivilen Opfern?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe vorhin gesagt: Ich kann im Detail jetzt zu dieser Unterrichtung nichts sagen. Das müssen Sie schon unter Geheim stellen, und dann würde ich auch zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Ich hatte nicht nach den Inhalten gefragt, sondern nur, ob Nachfragen gekommen sind.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir haben auch in dem Zusammenhang darüber gesprochen.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Okay. - Gestatten Sie mir noch eine Frage nach dem Feldjägerbericht. Soviel ich mich erinnere, haben sowohl der Generalinspekteur als auch der Staatssekretär Wichert berichtet, dass der Feldjägerbericht in den NATO-Bericht eingearbeitet ist. Nachdem Sie nun im Nachhinein beide Berichte kennen: Finden Sie da den Feldjägerbericht wieder? Oder ist er tatsächlich, ohne dass er - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Pfeiffer, auch dieses müssten Sie bitte dem Herrn Minister vorlegen, oder Sie ziehen Ihre Frage zurück.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Ist in Ordnung, ja.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich kann, Frau Vorsitzende, wenn Sie es mir gestatten, nur darauf hinweisen: Der NATO-Bericht kam ja nach meiner Zeit. Ich bin nur informiert worden über den Feldjägerbericht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, jetzt keine Fragen mehr von der CDU/CSU-Fraktion? - Dann kriegt die SPD-Fraktion das Wort. Herr Kollege Bartels.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Zum Feldjägerbericht, Herr Dr. Jung: Haben Sie Erkenntnisse, wie der an die *Bild*-Zeitung gelangt ist?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, da habe ich keine konkreten Erkenntnisse. Da könnte ich Ihnen nur von Gerüchten berichten, und das will ich hier nicht tun.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber es ist darüber gesprochen worden auch mit Ihnen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe gerüchteweise gehört, wie das hätte sein können. Aber das möchte ich hier nicht wie-

derholen, weil, wie gesagt, ich das gerüchteweise vernommen habe.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Zur Erklärung der Bundeskanzlerin am 8. September: Waren Sie in irgendeiner Weise daran beteiligt? Haben Sie mit der Bundeskanzlerin oder mit Ihrem Kanzleramtschef darüber gesprochen, was sie sagen wird? Oder waren Sie in anderer Weise daran beteiligt, was dort von ihr gesagt wird?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Wie gesagt, wir haben am 06. allgemein gesprochen - das habe ich gesagt -, *Washington Post* usw. Wir haben am 07. den Bericht dann auch ans Kanzleramt gegeben. Die Bundeskanzlerin hat dann morgens die Regierungserklärung so abgegeben, wie ich sie abgegeben hatte.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wussten Sie, dass sie die volle, offene, nachvollziehbare Aufklärung da ankündigen würde, oder hat Sie das überrascht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Wir hatten ja schon darüber gesprochen. Ich habe ja auch mit General McChrystal schon am Sonntag genau darüber gesprochen, dass wir an voller Aufklärung interessiert sind.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Meinte die Bundeskanzlerin dann mit dieser „vollen Aufklärung“ die NATO-Untersuchung?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jetzt müsste ich Ihren konkreten Vorhalt kennen, lieber Herr Kollege.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Jung, Sie müssen die Frage nicht beantworten, weil Sie ja eine Meinung über das, was die Bundeskanzlerin gesagt hat, abgeben müssten.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das ist ja nun sehr einfach: Ist Ihnen bekannt, was die Bundeskanzlerin mit der „vollen, nachvollziehbaren Aufklärung“ gemeint hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich gehe davon aus, dass sie genau die NATO-Untersuchung gemeint hat.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Gesagt hat sie: Die Bundeswehr wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften alles dafür tun, aufzuklären. - Wir könnten jetzt Bundestagsprotokolle, die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die ist ja auch als Tagesbefehl verschickt worden, also ein bekanntes Dokument - - Also, die Bundesregierung werde mit allen Mitteln dazu beitragen, und dann werde offen und nachvollziehbar auch die Öffentlichkeit unterrichtet. Das ist ja durch den geheimen NATO-Bericht eigentlich nicht möglich; der ist ja bis heute nicht der Öffentlichkeit selbst zugänglich. War geplant, noch irgendetwas anderes dann zu machen, das die Öffentlichkeit informiert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir sind damals davon ausgegangen, dass wir alles tun - also auch Bundeswehr -, um entsprechend dort aufzuklären, auch die NATO genau bei dieser Aufklärung zu unterstützen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Für die Öffentlichkeit?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wie gesagt, ich wusste nicht, in welcher Art und Weise nachher die NATO welchen Bericht wie klassifiziert. Wir sind damals davon ausgegangen, dass wir konkretere Kenntnis haben, was ja nun - auch wenn Sie den heutigen NATO-Bericht aus der Zeitung zur Kenntnis nehmen - auch bis heute noch nicht der Fall ist.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das war ja keine Information der Bundesregierung, sondern Durchstecherei an den *Spiegel*. Wäre es denn nötig gewesen - - War das Ihre Absicht, wenn der NATO-Bericht da ist, dann offen und nachvollziehbar öffentlich zu informieren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Davon ging ich auch damals aus, ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Dass das möglich sein würde?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ist das bis heute erfolgt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das haben Sie ja gerade selbst geschildert.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja. Vielen Dank. - Dann Kollege Groschek.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Jung, ist Ihnen von sogenannten hochstehenden Persönlichkeiten angeraten worden, Oberst Klein möglichst zu schützen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, ich weiß nicht, was Sie da jetzt konkret mit meinen. Das, muss ich sagen, war für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich mich vor unsere Soldaten stelle in einer solchen Situation.

Michael Groschek (SPD): Nun ist auch nachvollziehbar für mich, dass Sie das rein kameradschaftlich begründet haben. Ein anderer Zeuge hat gesagt, er sei von einer hochgestellten Persönlichkeit ohne Namensnennung darum gebeten worden, dies zu tun, und deshalb wollte ich wissen - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Groschek, welcher Zeuge war das? Ist das als Geheim eingestuft?

Michael Groschek (SPD): Nein, das ist nicht Geheim eingestuft. Das war der Generalinspekteur. Der hat erklärt, er sei auch von einer hochgestellten Persönlichkeit darum gebeten worden, darauf zu achten - peinlichst darauf zu achten -, dass Oberst Klein - in Führungszeichen - geschützt bliebe bei dem ganzen Vorgang.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Wo steht das? Ich würde es dem Zeugen gerne vorlegen.

Michael Groschek (SPD): Im Sitzungsprotokoll von der Vernehmung des Generalinspektors.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja. Aber ich muss die Seite wissen.

Michael Groschek (SPD): Ich ziehe die Frage zurück.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich kann nur sagen: Ich habe aus eigenem Antrieb und weil ich dort auch eine gewisse - Sie

haben gesagt - kameradschaftliche Verpflichtung - okay - empfunden habe, ihn auch angerufen. Ich habe ja vorhin gerade deutlich gemacht, dass es nicht der Normalfall war, dass der Bundesminister sozusagen den Kommandeur vor Ort anruft; aber in der besonderen Situation hielt ich es für meine Pflicht.

Michael Groschek (SPD): Dr. Jung, wenn Sie heute gefragt werden: „Welche Bewertung haben Sie von diesem Vorgang Kunduz?“, haben Sie dann heute eine andere Bewertung als zur Zeit Ihres Amtes, Ihrer Amtsausübung?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Herr Kollege, ich will hier keine Bewertung abgeben - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Jung. - Herr Kauder, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Zeugen sind nach Tatsachen zu fragen, nicht nach Bewertungen.

Michael Groschek (SPD): Hat es nach Ihrem Amtsverzicht Fakten gegeben, die Ihre faktische Einschätzung des Vorgangs verändert haben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Also, Herr Kollege, ich habe vorhin gesagt - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Jung, noch ein Antrag zur Geschäftsordnung vom Kollegen Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Der Inhalt der Frage ist kein anderer, nur mit anderen Worten wiederholt.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, Herr Kollege Kauder - -

Michael Groschek (SPD): Herr Kollege Kauder, ich will Ihnen deutlich machen, was hinter meiner Frage ist, wenn die Vorsitzende es gestattet und wir die Zeit so lange stoppen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, wir stoppen sie.

Michael Groschek (SPD): Ich verspreche auch, dass das alles öffentlichen Charakters ist und wir nicht in geheime Sitzung wechseln müssen. Die *Bild*-Zeitung hat ja in einer ganz bestimmten Art und Weise über einen Bericht, der jetzt immer Gegenstand der Diskussion war, am 26. Oktober letzten Jahres berichtet.

(Zuruf)

- November, Entschuldigung. - Diese Berichterstattung hat ja dann zu erheblichen Konsequenzen - auch politischen Konsequenzen - geführt. Inzwischen glaube ich ja, dass der Ausschuss sich ein Bild machen konnte, wie die Berichterstattungsrelevanz zur faktischen Relevanz des Berichtes steht. Die Nacharbeit dieser Berichterstattung war ja Grundlage nach eigener Auskunft des amtierenden Verteidigungsministers, dass er eine faktische Meinungsänderung, Beurteilungsänderung, vorgenommen hat. Ich möchte jetzt nur vom Zeugen wissen, ob er eine vergleichbare faktische Beurteilungsänderung vorgenommen hat. Um mehr geht es gar nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, Herr Kollege Jung.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe gesagt: Ich halte die Entscheidung für nachvollziehbar. Ich habe mich vor Oberst Klein gestellt, und es bleibt auch dabei.

Michael Groschek (SPD): Ich habe da nur noch eine Frage - Sie haben gesprochen von dem Rechtsberater V■■■■: Wer, bitte schön, mit welcher Qualifikation, ist dieser Herr V■■■■?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jetzt fragen Sie mich was. Das ist ein, wenn ich es richtig weiß, im Rahmen unserer zivilen Abteilung beschäftigter hochqualifizierter Jurist, der hier als Rechtsberater tätig ist und der dort in unserem Auftrag dann in dieser Untersuchungskommission der NATO die Unterstützung geleistet hat.

Michael Groschek (SPD): Und der hat noch mal welches Urteil über den Bericht gegeben? Den Feldjägerbericht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, da habe ich Ihnen das nur aus der Zeitung ge-

sagt, was ich dort gelesen habe, in der FAZ, wo gesagt wurde - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Groschek, das ist keine Frage an diesen Zeugen.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Jung hat sich ja dazu geäußert im Rahmen dieser Sitzung. Ich bitte ihn nur, seine Äußerung noch mal zu wiederholen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich gebe Ihnen wieder. Ich will das zitieren - das war die FAZ vom 10. Januar dieses Jahres -:

Das Untersuchungsteam der NATO hat den Bericht der deutschen Feldjäger zum Bombardement der Tanklaster bei Kundus in Nordafghanistan offenbar für bedeutungslos gehalten und vernichtet. Das gehe aus einer schriftlichen Stellungnahme hervor, die der Rechtsberater ... gegenüber Einsatzführungskommando abgegeben hat.

Michael Groschek (SPD): Vielen Dank. - Ich habe keine Fragen mehr.

Rainer Arnold (SPD): Herr Dr. Jung, hatten Sie vor der Obleuteunterrichtung am 08. frühmorgens Kenntnis über den IAT-Bericht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Herr Kollege, das habe ich Ihnen gerade gesagt. In dieser Kommission war Oberst N [REDACTED]. Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass ich über den Bericht von Oberst N [REDACTED] vom Generalinspekteur bereits am 6. September abends unterrichtet worden bin.

Rainer Arnold (SPD): Hatten Sie den auch selbst vorliegen, oder hatten Sie nur eine mündliche Unterrichtung?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Er hat es mir mündlich vorgetragen, hat mir aber dann, wenn ich es recht erinnere, auch eine Zusammenfassung zugefaxt.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie vom Staatssekretär Dr. Wichert den Rat erhalten, diesen IAT-Bericht nicht den Obleuten zugänglich zu machen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Ich weiß nur, dass er Eingang gefunden hat auch in unsere presseverwertbare Stellungnahme - das habe ich Ihnen ja gerade gesagt - am 7. September. Ich könnte Ihnen auch im Detail sagen - das will ich jetzt nicht tun, weil das geheim ist -, wo wir die Obleute unterrichtet haben. Aber Sie müssten es selbst wissen; Sie waren nämlich dabei.

Rainer Arnold (SPD): Ich werde unter Geheim das Thema auch weiter nachfragen. - Hat Staatssekretär Wichert Ihnen einen Rat gegeben, mit zwei Leuten aus dem Verteidigungsausschuss über den IAT-Bericht und die Verfahrensweise zu reden? Ich kann die Namen hier nicht nennen, weil es geheim ist.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Daran kann ich mich nicht erinnern, was Sie jetzt sagen.

Rainer Arnold (SPD): Können Sie sich nicht dran erinnern, okay. - Ist dieser Begriff „nachvollziehbar“, den Sie im Augenblick auch verwenden, Ihr Wording? Interessanterweise hat ja der Generalinspekteur ursprünglich auch so einen Begriff gehabt. Oder ist das durchaus ein abgestimmter Begriff?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist kein abgestimmter Begriff. Aber ich habe den Begriff gebraucht. Wir waren aber - das muss ich nun fairerweise auch sagen - auch grundsätzlich in der Beurteilung hier durchaus übereinstimmend der Auffassung, der Generalinspekteur und ich.

Rainer Arnold (SPD): Es gibt an dem Begriff auch nichts zu kritisieren. Verstehen Sie bitte diese Frage nicht falsch. Wir wollten es nur wissen, weil nachher zu ihrem Hintergrund ein abgestimmter anderer - auch juristisch abgestimmter - Begriff entstanden ist.

Letzte Frage von meiner Seite. Sie haben im Grunde genommen hier drei Tage lang die Argumentation von Oberst Klein als die maßgebliche gewichtet und sagten vorhin: Und dann kam der Bericht aus der *Washington Post*. Dies kann ich nicht nachvollziehen, dass ein Bericht der *Washington Post* zu einer neuen Einschätzung führt. Gab es vielleicht schon noch andere Beweggründe?

Können Sie dazu etwas sagen? Möglicherweise auch noch das Gespräch mit der Kanzlerin? Hat die auch Rat gegeben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jetzt haben Sie allein die Daten schon durcheinandergebracht. Der Luftschlag war am Freitag, 4. September. Am Samstag habe ich mit Oberst Klein telefoniert, und ich habe Ihnen gesagt, was er mir gesagt hat und weshalb er zu welcher Beurteilung kam. Am Sonntag ist diese Presseberichterstattung erfolgt, *Washington Post*. Das war ja nicht nur *Washington Post*, das war ja auch der Bezug zu McChrystal. Dort habe ich dann am Sonntagnachmittag bereits von zivilen Opfern gesprochen und habe an diesem Nachmittag mit General McChrystal auch telefoniert, wobei ich vorher auch noch einmal mit Oberst Klein telefoniert habe.

Rainer Arnold (SPD): Okay. Dann verstehe ich das jetzt richtig: Der Auslöser dieser anderen Bewertung war nicht die *Washington Post*, sondern Sie haben andere Gespräche geführt? Das ist ja auch okay.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Selbstverständlich habe ich Ihnen das gerade gesagt: *Washington Post*, Bezug General McChrystal. Das war alles im Rahmen dieser Berichterstattung.

Rainer Arnold (SPD): Dann habe ich es jetzt verstanden, Herr Dr. Jung. - Wir haben keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die SPD hat keine weiteren Fragen. - Dann gebe ich der FDP-Fraktion das Wort.

Joachim Spatz (FDP): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der Linken das Wort.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Noch zwei ganz kurze Fragen; dann gebe ich weiter an die Kollegin Höger. Mit wem haben Sie über mögliche Auswirkungen des Luftschlages auf die Bundestagswahl gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das müssten Sie jetzt konkretisieren, was Sie

meinen. Ich habe Ihnen gerade eben gesagt - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder zur Geschäftsordnung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich sehe keinen Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Oh ja! Soll ich Ihnen das erklären?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich sehe keinen Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand und beanstande die Frage.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Wir müssen ja den Kontext erörtern, in dem die Frage des Wordings und der Pressearbeit und der Abstimmung, sozusagen der Pressegewand und auch der Kommunikation, sowohl mit der Presse, aber auch mit den Obleuten, wie das, was im Kontext da passiert ist - - Deswegen interessiert mich tatsächlich die Frage.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Können Sie noch mal die Frage sagen? Seien Sie so lieb.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Mit wem haben Sie über mögliche Auswirkungen des Luftschlages auf die Bundestagswahl gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass wir im Hinblick auf die Gesamtlage permanent herausgefordert waren - mit „wir“ meine ich die deutschen Soldaten - in Gefechtssituationen, dass wir auch eine Warnung hatten, dass hier ein größerer Anschlag gegen uns geplant ist, und dass wir von daher in einem angespannten Verhältnis waren. Ich habe nicht jetzt in irgendeiner Art und Weise, sozusagen im Hinblick Luftschlag, Bundestagswahl - - Mein Punkt war, dass es den Taliban gelingt, noch einen Schlag gegen die deutschen Soldaten vor der Bundestagswahl gegen uns entsprechend durchzuführen. Das war meine große Sorge.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Zweite kurze Frage. Sie haben gesagt, Sie haben

mit Herrn Steinmeier am 07.09. gesprochen. Haben Sie danach auch noch mal mit Herrn Steinmeier über die Ereignisse und auch die öffentliche Darstellung gesprochen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe - - Wir haben auch am 08. beispielsweise im Parlament, wo wir sozusagen mehr oder weniger hintereinander oder voreinander saßen, und am Rande des Parlaments über weitere Dinge gesprochen. Öffentliche Darstellungen weiß ich jetzt nicht im Detail. Aber wir haben uns dort auch gegenseitig informiert über die weitere aktuelle Entwicklung, ja. Im Übrigen ist ja federführend, wenn Sie so wollen, wie Sie wissen, dafür immer das Auswärtige Amt.

Inge Höger (DIE LINKE): Höger, Fraktion Die Linke. - Ich habe noch mal eine Frage. Herr Dr. Jung, nach dem 04.09. und spätestens nach der, wie Sie sagen, negativen Presse, die Sie die empfunden haben, hatten Sie da nicht ein Interesse an größtmöglicher Aufklärung der Umstände dieses Luftangriffs?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Doch, vollkommen richtig, und deshalb haben wir es ja genau so gemacht, wie wir es gemacht haben. Ich muss Ihnen sagen, das war auch mein Eindruck aus dem Gespräch mit General McChrystal, dass ich mir nicht vorwerfen lassen wollte, sozusagen: Ihr macht nur eine einseitige Aufklärung und unterstützt die NATO nicht. Deshalb haben wir - - Ich habe gerade vorhin in meiner Vernehmung dazu Stellung genommen: Ich habe jetzt noch das Wort „investigation“ im Ohr, was er zu mir gesagt hat, dass er eine entsprechende Untersuchung machen wollte, und zwar - in Führungszeichen - „neutral“ über die NATO, und dass ich gesagt habe, dass wir die entsprechende Untersuchung unterstützen, weil wir auch ein Interesse hatten, zu erfahren: Was ist jetzt wirklich die konkrete Situation gewesen?

Inge Höger (DIE LINKE): Sehen nicht sowohl die Wehrdisziplinarordnung als auch die ISAF-Regeln, beide, sofortige Untersuchungen vor, sodass man sie auch immer durchführen muss, sowohl nach deutschem Recht als auch nach ISAF-Recht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich ja gerade schon vorhin dem Kollegen beantwortet. Ich denke, dass ich die Frage beantwortet habe.

Inge Höger (DIE LINKE): General Vollmer hatte ja gerade den Feldjäger beauftragt, mit den Untersuchungen direkt am 04.09., weil er eben nach den Einsatzregeln nach einem Luftangriff das einfach automatisch in Angriff nehmen musste. Sie haben das später zusammen mit Herrn Schneiderhan gestoppt. Da sehe ich doch eher den Versuch der Vertuschung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Die ISAF-Einsatzregeln sind eingestuft, sodass sie hier nicht in der öffentlichen Sitzung erörtert werden können.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aber der Unterstellung widerspreche ich mit Nachdruck. Tatsache ist, dass wir entsprechend sachgerecht informiert haben. Ich habe Ihnen den Gesamtzusammenhang dargestellt. Ich habe Ihnen gesagt, dass mich der Generalinspekteur darüber informiert hat. Ich habe - - Das hat er veranlasst, als er in Afghanistan war, und das war auch so, dass wir das vorher gemeinsam - Staatssekretär, Generalinspekteur und ich - aus den Gründen, die ich dargelegt habe, hier entsprechend so beschlossen haben. Ich glaube, es diente und sollte gerade der sachgerechten und - in Führungszeichen - „neutralen“ Aufklärung dienen und nicht der Vertuschung.

Inge Höger (DIE LINKE): Können Sie mir noch mal sagen, welchen Auftrag die „Gruppe 85“ gehabt hat?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Die Frage, Frau Kollegin, habe ich nun wirklich beantwortet.

Inge Höger (DIE LINKE): Das fand ich nicht sehr ausreichend.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr Dr. Jung, in der Pressedokumentation, die uns allen zur Verfügung gestellt ist, ist ja Ihr Interview in der *Bild am Sonntag* am 06.09.

Ich will da einfach mal eine Passage draus vorlesen:

Ich begrüße es, dass die NATO eine Untersuchung zu den Vorgängen in der Nacht zum Freitag angeordnet hat. Dies ist in solchen Fällen üblich, um auch der afghanischen Bevölkerung beweisen zu können, dass Isaf solche Angriffe nur dann vornimmt, wenn dies geboten und verhältnismäßig ist.

Ich will jetzt nicht auf diese eigenartige Wendung, dass man da eine Untersuchung nur macht, um zu beweisen, dass alles rechtens ist - - Das ist sowieso merkwürdig. Aber mich interessiert jetzt der Punkt, dass zwar eine solche Untersuchung, also die Einsetzung dieses Joint Investigation Boards, üblich sei in der NATO. War das Ihr damaliger Informationsstand? Sie sagen ja: Das ist üblich in der NATO.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Mein damaliger Informationsstand war, und wir haben ja - - Wissen Sie, das war ja ein längerer Diskussionsprozess. Ich kann mich - jetzt muss ich ein bisschen vorsichtig sein - aber an das eine oder andere Gespräch mit Kollegen erinnern, wo wir über die Frage gesprochen haben, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um zivile Opfer zu vermeiden. Es war ja - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr Dr. Jung, ich habe gefragt, ob das Ihr Informationsstand war, dass dieses Verfahren - Einsetzung eines Joint Investigation Boards - ein üblicher Vorgang der NATO war, also schon mehrfach stattgefunden hat, oder nicht.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Mein Informationsstand war, dass diese Untersuchung jetzt auch gerade unter der neuen Diktion des COMISAF entsprechend so das Verfahren war, ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gut. Das kann dann ja jeder nachprüfen, ob das dem Sachverhalt entspricht, ob das also den Tatsachen entspricht oder nicht. Das möchte ich an der Stelle noch mal gesagt haben, weil das sich ja auch nicht nur aus unseren Unterlagen ergibt, sondern auch aus der öffentlichen Wahrnehmung, dass es eine solche Untersuchungskommission in der Form zum

ersten Mal gegeben hat, was natürlich was mit der Tactical Directive von McChrystal zu tun hat.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich gerade gesagt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich wollte mir das nur - - Aber Sie erwecken hier den Eindruck, als sei das ein völlig übliches Verfahren, völlig harmlos, in dem Interview in der *Bild*-Zeitung. Aber wir sind hier nicht da, um zu kommentieren. Ich konnte mir das nur nicht verkneifen. Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich weiß, okay. - Sie haben ja gesagt, Sie sind mit Ihrem Pressesprecher, Herrn Dr. Raabe, immer eng zusammen gewesen und haben das abgestimmt. Noch mal zu den Bewertungen des IAT-Berichts. Der Dr. Raabe hat - ich habe das nachgelesen; alle können das in den Protokollen der Bundespressekonferenz nachlesen - in der Sitzung am 09.09. und am 11.09. ständig von einem „Reisebericht“ geredet. War das ein Sprachgebrauch, der abgesprochen war, abgestimmt war mit Ihnen? Oder wie ist Ihr Pressesprecher, mit dem Sie eng zusammen waren, auf diesen Begriff „Reisebericht“ gekommen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da müssen Sie ihn fragen. Das war auch nicht mit mir abgestimmt. Ich habe die Obleute, und das wissen Sie ja auch, entsprechend über diesen, ich nenne ihn mal: Voruntersuchungsbericht informiert. Wenn ich es jetzt richtig sehe - Augenblick mal -, war das meines Erachtens bereits am 07.09., also sogar vor der Zeit, vor der Sie jetzt gerade diese pressemäßige Stellungnahme zitieren.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Haben Sie denn den Bericht selber gelesen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Welchen Bericht?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Den IAT-Bericht. Also vor dieser Unterrichtung der Obleute.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Entschuldigung, ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass ich, da Oberst N██████ in dieser Voruntersuchungskommission war, am 06. abends bereits vom Generalinspekteur darüber informiert worden bin und dass ich es auch bekommen habe und dass wir am 07.09. auch in unserer presseverwertbaren Stellungnahme, die vorher den Obleuten zugegangen ist, genau das mit einbezogen haben.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Warum haben Sie denn diesen Bericht oder zumindest den Bericht des deutschen Mitglieds dieser Fact Finding Mission nicht dem Bundestag zugänglich gemacht, wenn auch in eingestufteter Form?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Langsam. Ich habe doch gesagt: Wir haben das einbezogen, sowohl in die Obleuteunterrichtung als auch in die presseverwertbare Stellungnahme als auch in unsere Unterrichtung gegenüber dem Bundeskanzleramt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Und Sie meinen, das ist dann ausreichend jetzt für die Unterrichtung des Parlaments, wenn man das sozusagen in ein Statement einbaut, und die haben dann überhaupt nicht die Gelegenheit, zu prüfen, ob das wirklich das wiedergibt, was in dem Dokument steht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das hat das Parlament spätestens am 08., als wir die Unterrichtung - sowohl Verteidigungsausschuss als auch Auswärtiger Ausschuss - Obleute hatten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben über all die wichtigen, alle Aspekte dieses IAT-Berichts Ihrer Meinung nach also die Obleute und den Verteidigungsausschuss informiert?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja? - Gut. Den Punkt setze ich dann unter Geheim noch mal fort.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der Fraktion - -

Jan van Aken (DIE LINKE): Nein, ich habe noch eine letzte Frage.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ach so. 13 Sekunden. Herr van Aken, eine Frage.

Jan van Aken (DIE LINKE): Haben Sie am 04., 05. oder 06.09. irgendjemanden gebeten oder angeregt oder angewiesen, zivile Opfer nicht zu erwähnen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut. - Danke.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sage Ihnen ja: Am 06.09. habe ich bereits davon gesprochen. Nur damit das klar ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine weiteren Fragen mehr der Linken. - Dann kommt Bündnis 90/Die Grünen

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich hätte noch eine Frage zu dem Eintreffen des Feldjägerberichtes. Sie haben ja mit dem Generalinspekteur darüber gesprochen und haben dann festgestellt, dass dort - Sie haben ihn ja nicht selber gelesen - aber eigentlich keine neuen Informationen mehr enthalten sind. Ist das so? So hatte ich Sie vorhin verstanden. Ich wollte jetzt nur noch mal klären, ob ich Sie richtig verstanden hatte.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe allgemein vorhin zu dem Feldjägerbericht Stellung genommen, dass der auch nicht vorteilhaft war. Zu Details kann ich nur in geheimer Sitzung etwas sagen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch nicht nach Details gefragt. Ich wollte nur nach Ihrer Bewertung fragen, weil das auch so klang, dass Sie ihn nicht gelesen haben, weil er ohnehin keine neuen Informationen enthalten hätte. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe die Frage beantwortet.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht. Ich frage noch

mal nach, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, Sie haben - - Also, ich habe es so in Erinnerung - ich bin mir aber nicht mehr sicher und würde mich deshalb gern noch mal bei Ihnen vergewissern -, dass Sie gesagt haben, Sie hätten den Feldjägerbericht dann nicht mehr gelesen, weil der Generalinspekteur Sie über den Inhalt unterrichtet hat und dort keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Der Generalinspekteur hat mich über den Inhalt unterrichtet, und wir kamen beide zu der Überzeugung, dass es richtig ist, diesen Bericht der NATO zur Verfügung zu stellen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann würde ich gerne auf meine Frage zur „Gruppe 85“ zurückkommen. Ich habe jetzt das Protokoll von der Vernehmung von Herrn Dr. Wichert vorliegen, und zwar die Seite 95. Das haben Sie jetzt auch vorliegen, oder?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Wir haben die Zeit gestoppt, bis es dem Zeugen vorliegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zwar ist es auf Seite 95, in der zweiten Spalte, die letzte Aussage von Herrn Dr. Wichert. Ich lese es mal für alle vor. Auf meine Frage, wie oft die Rückkopplungen zwischen der „Gruppe 85“ und dem damaligen Staatssekretär stattfanden, hat Herr Dr. Wichert geantwortet:

Ich habe mir immer wieder mal berichten lassen. Das mag einmal pro Woche gewesen sein am Anfang, dann in längeren Zeiträumen. Aber da kam nie etwas, was mich zum Handeln hätte zwingen können oder veranlassen können. Ich habe mich laufend unterrichten lassen, ja.

Hat Herr Dr. Wichert Sie auch über diese Informationen unterrichtet?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steht diese Aussage nicht in Widerspruch zu Ihrer Aussage, dass die nationale Untersuchung eingestellt wurde, weil

man mit der NATO-Untersuchungskommission eine unparteiliche Untersuchung gewährleisten wollte?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist auch eine Bewertung. Aber sie steht aus meiner Sicht nicht in Widerspruch.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Jung, Sie haben vorhin ja gesagt, dass kein Einfluss genommen wurde auf den Zeitpunkt, wann der JIB Report überstellt wurde an die Bundesregierung. Aber das bedeutet ja, dass Sie nicht wussten, ob er zu Ihrer Amtszeit kommen würde oder nicht. Das war nicht klar, oder?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Jetzt der NATO-Bericht?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war - - Zu meiner Zeit kam er noch nicht. Ja, ist richtig.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß. Aber Sie haben ja vier Wochen vorher nicht gewusst, ob er zu Ihrer Amtszeit kommt oder später.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Richtig.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Vorbereitungen, beispielsweise in Form eines Möglichkeiten-Sprechzettels für Sie, falls der Bericht dann kommen würde?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir haben jetzt nicht Alternativen vorbereitet: -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht meine Frage.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: - Der Bericht sieht so aus, sieht so aus oder sieht so aus. Sondern es war klar: Wenn der Bericht kommt, ist es so, dass der Planungsstab - das ist ja bei uns die Regel - eine entsprechende Stellungnahme dann auch entsprechend abstimmt und vorbereitet, sowohl für den Minister, aber auch für den Generalinspekteur.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass aus Ihrer Sicht Oberst Klein keine Handlungsalternative hatte. Haben Sie diese Bewertung im Übergabegespräch auch Minister Guttenberg gegenüber erwähnt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: So expressis verbis nicht, nein, aber ich habe weiterhin gesagt - das habe ich auch hier vorm Ausschuss gesagt -, dass ich weiterhin erstens die Sache für nachvollziehbar halte und zweitens weiterhin vor Oberst Klein stehe, und das bleibt auch dabei.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie bei der ersten Obleuteunterrichtung keine Zahlen wollten, weil es ja keine gab, weil es zumindest keine gesicherten Zahlen gab. Gleichzeitig hat Ihr Ministerium ja qua Erklärung und qua Internet Zahlen verbreitet. Haben Sie nicht befürchtet, dass die Obleute verwirrt sein könnten, weil - - oder dass sie zumindest die Zahlen, die öffentlich genannt werden, dann als die offizielle Verlautbarung nehmen, weil Sie ja sonst keine anderen nennen und auch keine dementieren?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Den Eindruck hatte ich nicht; denn die Obleute wussten ja von mir, dass oft manchmal in der Öffentlichkeit Dinge berichtet werden, die sich nachher auch anders dargestellt haben, und dass wir die Obleuteunterrichtung so gemacht haben, dass möglichst die Fakten auch stimmen, nicht nachher noch mal korrigiert werden müssen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass Sie nicht - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Und mir war damals am Anfang das zu unsicher, aber öffentlich ist es gelaufen - das habe ich Ihnen ja gesagt -, die 56 Toten und 14 Verletzten.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie hinterfragt, nach welcher Methode diese Zahlen ermittelt worden sind, oder ist Ihnen das bekannt gewesen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das ist mir expressis verbis nicht bekannt gewesen. Ich habe Ihnen ja nur gesagt, was mir im Telefonat Oberst Klein dazu gesagt hat,

und habe Ihnen gesagt, dass mir an diesem Abend des 6. auch noch einmal dieser afghanische Bericht dazu gefaxt worden ist, wo auch von 56 Toten und 12 Verletzten allerdings gesprochen wurde.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nachdem klar war, dass zivile - spätestens, nachdem klar war, dass zivile - Opfer nicht mehr ausgeschlossen werden können: Kam Ihnen die Idee, dass Sie selbst vor Ort hinreisen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir hatten es abgesprochen, dass der Generalinspekteur -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war dann auch so?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: - dorthin geht. - Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben der Staatsanwaltschaft Dresden geschrieben, haben Sie vorhin erzählt. War das auf Nachfrage, oder war das initiativ?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das war insofern eine Stellungnahme, die wir abgegeben haben, auch, ich sage mal, zur Schutzschrift für Oberst Klein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind selbst ja Jurist und haben ja auch jahrelange Erfahrungen an Gerichten. Ist ein solches Vorgehen üblich?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, das habe ich öfters gemacht. ... (akustisch unverständlich) einem schnellen Verfahren.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das auch gemacht -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Als Anwalt, ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bei dem Vorfall an diesem Checkpoint, den Sie selbst genannt haben, mit der Dame und den beiden Kindern?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, dort kann ich mich nicht erinnern, dass es von mir

gemacht worden ist. Da habe ich Ihnen aber auch gesagt, dass ich vor Ort war und mich dort auch entschuldigt habe, mit den Stammesältesten gesprochen habe; das habe ich Ihnen gerade erklärt.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Diese Frage gehört nicht zum Untersuchungsgegenstand.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist aber beantwortet.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die zum Checkpoint nicht.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Deswegen müsste man ja auch die Möglichkeit haben, intervenieren zu können, wie Herr Abgeordneter Kauder gesagt hat.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):
So ist es!)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin zufrieden.

(Zuruf: Wollen Sie die Posten tauschen?)

Herzlichen Dank. Ich hab keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann stelle ich fest: Es sind keine weiteren Fragen mehr, und wir gehen dann in den geheimen Teil.

Ich stelle Einvernehmen dahin gehend fest, dass wir mit dem öffentlichen Teil nun enden und die Vernehmung in eingestufte Form festsetzen.

(Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
(CDU/CSU): Zur
Geschäftsordnung!)

- Ich bitte doch, jetzt noch nicht einzuräumen. Der Herr Kollege Beck hat das Wort.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
(CDU/CSU): Frau Vorsitzende, es ist zwar vorher einige Male angekündigt, dass Antworten lediglich unter Geheim gegeben wer-

den sollten. Ich bitte aber doch mal die Kollegen, zu überprüfen - vielleicht können wir auch eine kurze Obleuterunde einlegen -, ob wir in der Tat jetzt den Umzug in Geheim, sprich: in den Reichstag, machen wollen.

Wenn wir der Auffassung sind, wir machen es, dann machen wir es. Aber ich würde jetzt einfach keinen Automatismus einlegen wollen, dass wir also sagen, dass wir in Geheim gehen müssen, weil vorher einige Fragen nicht so beantwortet worden sind, und dass es automatisch zur Aufklärung notwendig wäre, jetzt umzuziehen. Darum würde ich darum bitten, dies jetzt vielleicht in einer Beratungssitzung kurz zu klären. Das wäre meine Bitte.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Beck, wenn wir unter Geheim tagen, dann müssen wir umziehen. Wir können hier - -

(Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
(CDU/CSU): Ob wir überhaupt
müssen!)

Herr Kollege Schäfer.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Mein praktischer Vorschlag wäre an der Stelle, weil das andere ja auch überlegt haben, dass wir jetzt einfach noch mal eine kurze Pause machen, sortieren, um welche Fragen es sich handelt, soweit man das machen kann, weil ich auch noch nicht genau absehen kann, ob man unter Geheim tagen muss und wir umziehen oder ob man die aber dann in geschlossener Sitzung machen kann. Das wäre ja die Alternative, oder? Gibt es diese Möglichkeit? Wenn es die nicht gibt, erübrigt sich das. - Gibt es nicht?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Also, ich bitte jetzt wirklich darum, nicht stundenlang zu diskutieren. Wenn es eine geschlossene Sitzung ist, dann können wir hier auch nicht tagen, wenn es eine geheime Sitzung ist, können wir auch nicht tagen, und ich bitte doch dann, dass wir jetzt die Sitzung der Beweiserhebung unterbrechen, dass wir umziehen in den Sitzungssaal S 2015 und dort weiter tagen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
(CDU/CSU): Frau Vorsitzende, noch mal: Ich bitte dann noch mal einfach klarzustellen zur Tagesordnung. Ich bitte jetzt also die Sitzung dann zu beenden, aber ich habe eine kurze

Beratung beantragt, und diesen Antrag möchte ich gerne abgestimmt haben. Und ich möchte jetzt nicht einen sofortigen Umzug veranlassen, um das noch mal in aller Klarheit zu sagen - rein vom Verfahrenstechnischen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

So, dann bitte ich den Zeugen, den Saal zu verlassen, und die Herrschaften auf der Tribüne, die Tribüne zu räumen, damit wir in eine Beratungssitzung eintreten können.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
18.51 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung, III: NfD)